

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Schick Postamt Hannover Nr. 576 13  
Giro-Konto Bank der Arbeiter und  
Angestellten, Berlin S 14, Wulffstr. 65

Abonnementpreis d. Boten vierteljährl. 3.— M.R., d. die Post 3,60 M.R. Einzel-Str. 50 Pfg.  
Anzeigenpreis: Die 26 Millimeter breite Millimeterzeile über deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Silberberg, Essen. Druck: G. Handmann & Co., Bochum  
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Wilmsharper Straße 38 42

Telefon-Nummern: 4300, 4301  
Telegramm: Arbeiterband Bochum

# Rund um die Zollmauern.

Das Manifest hervorragender international bekannter Finanzmänner, das die Niederreißung der Zollmauern verlangt und, zumindest für die europäischen Staaten, den Übergang zum Freihandel fordert, ist in mehrfacher Hinsicht interessant. Besonders auffallen muß die Tatsache, daß hier eine Erkenntnis propagiert wird (mehr bedeutet die Rundgebung vorläufig noch nicht) von Männern, deren praktische Willensbetätigung im politischen Leben gerade das Entgegengesetzte zu fördern suchte. Wir denken dabei an die bisherige Zollpolitik der Parteien, denen die Unterzeichner zum größten Teil angehören und die sicherlich in dem Bewußtsein ihre Zollpolitik machten, damit das Interesse der Kreise um die Unterzeichneten nach deren Willen zu wahren.

Für die Politik der Sozialisten und der freien Gewerkschaften in bezug auf Zollfragen ist das Manifest eine glänzende Rechtfertigung. Das gilt zumindest für die Zeit nach dem Kriege. Deshalb gerade für diese Zeit, weil der Weltkrieg mit aller Deutlichkeit gelehrt hatte, daß ein wirkliches Gedeihen, und noch mehr ein weiterer wirtschaftlicher Aufstieg, nur noch möglich ist bei reiflichem friedlichem Zusammenwachsen der ganzen Wirtschaftsgesellschaft, ohne nationale wirtschaftliche Vorrechte oder Vormachtstellungen. Für die Zeit nach dem Kriege hätte man das eigentlich überall begreifen müssen. Hätte man es vor dem Kriege schon begreifen wollen, dann wären wir wahrscheinlich von den Folgen eines Weltkrieges bewahrt worden.

Vielleicht bedeutet dieses Manifest den Anfang eines neuen Zeitabschnittes, denn wenn dieser Ruf nach Freihandel zur Tat werden sollte, dann wäre damit eine vollständige Umkehrung der herrschenden nationalpolitischen Anschauungen verbunden. Aus diesem Grunde mag es vielleicht ein diesbezüglich unbewußtes Vorausfühlen gewesen sein, als die „Kölnische Zeitung“ über die Rundgebung schrieb: „Eine Magna Charta!“ Noch deutlicher und auch bezeichnender kommt dieser Gedankengang zum Ausdruck darin, daß z. B. die „Deutsche Werks-Zeitung“ als Uberschrift durch drei Spalten setzte: „Wirtschaftler aller Länder, vereinigt euch!“

Und in der Tat, was sich in diesem ganzen Geschehen äußert, sowohl in dem, was das Manifest enthält, als auch in dem, was die Unterzeichner zu diesem Schritt veranlaßte, ist nichts anderes wie — lebendiger Marxismus. Das soll in diesem Zusammenhange heißen, daß sich auch hier wieder die Wahrheit offenbart, daß jegliche neubestimmende Wandlung der Wirtschaftsstruktur die ihr nötige Wandlung in der gesellschaftspolitischen Anschauung der Menschen nach sich zieht und sie zu entsprechendem Handeln zwingt. Es ist ein unentrinnbarer Weg, der hier vorgezeichnet ist und den einzuschlagen man vielleicht verzögern, aber nie mehr aufhalten kann.

Wie wurde das Proletariat, die deutsche Arbeiterschaft, geächtet und geschmäht bis in die letzten Tage hinein, weil sie sich zu der Parole bekamte: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ Und heute ruft eines der reaktionärsten Unternehmerblätter, die schon genannte „Deutsche Bergw.-Ztg.“: „Wirtschaftler aller Länder, vereinigt euch!“ Man ist geneigt an Zeichen und Wunder zu glauben. Und sicherlich wurde diesmal in Ludendorff der Verkehrte gespottet, als er folgenden Parteibefehl erlassen hat:

„Ich erwarte, daß sich niemand mehr von den Parteien täuschen läßt, die ihre Mitglieder immer wieder dadurch irreführen, daß sie vorgeben, deutsche Politik zu treiben. Ich meine die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei. Ueber die vereinfachten, rein kapitalistischen Volkspartei des Herrn Stresemann wird ein Zweifel nicht bestehen. Sie ist schon lange klar erkennbar aus den schwarz-weiß-roten Parteien ausgegliedert, obwohl sie immer noch diese heiligen Farben entweicht. Auch die Deutschnationale Volkspartei schaltet sich immer mehr aus den schwarz-weiß-roten Parteien aus. Jüdische, römische, freimaurerische Einflüsse werden in ihr maßgebender. Seitdem sie nun Loarno, Genj und damit unmittelbar Versailles und die Schluß-Wege als Recht anerkennt, den Dawespakt ermöglicht und die Sparer im Stich gelassen hat, zeigt sie klar und deutlich, daß sie nur noch Dienerin der überstaatlichen Mächte, keine deutsche und völkische Partei ist.“

Er ist wenigstens konsequent, der Herr Lindström-Ludendorff, wenn auch als weltfremder Dummkopf. Er kann es deshalb sein und bleiben, weil seine „materielle Basis“ treu und sicher von der von ihm so geschätzten Republik garantiert wird. Müßte er mit seinen Freunden von gestern zusammen auf dem Jahrmarkte der Wirtschaftsgesellschaft um das Leben ringen, dann sollte auch er bald den Unterschied begriffen haben zwischen teufelischer Narretei und deutscher Politik. Den Schimpf verdient haben aber diesmal seine geschmähten Freunde ganz bestimmt.

Wir haben in Nr. 42 der „Bergarb.-Ztg.“ in einem Bericht über die Tagung des „Langnamenerreits“ in Düsseldorf geschrieben, daß dort auch Herr Engberding gesprochen habe und wir haben diesem Redner nachgesagt:

„er begreift kaum das Problem, das hier so heiß umstritten ist.“ Wir haben nichts davon zurückzunehmen, sondern wir müssen heute diese Ansicht weiter ausdehnen auch auf Herrn Thyssen. Die Thyssen sein kreuzbrave Leut! So kann man es bis heute noch bei diesem und jenem Dorfpfarrer hören. Und wirklich, die Ausführungen des Herrn Thyssen in Düsseldorf waren danach. „Es geht um die Seele des Arbeiters. Diese ist aber nicht clerikal oder sozialistisch, sondern vor allem deutsch!“

Die „Frankfurter Ztg.“ war es, wenn wir nicht irren, die hierzu resigniert kommentierte: „Da kommen wir nicht mehr mit!“

Heute sieht man klarer, nach Silberberg und dem Freihandels-Manifest. Er (Herr Thyssen) hatte nämlich damals sicherlich auch noch nicht das Problem begriffen, das so heiß umstritten stand. Das Problem war und ist ja gar nicht: Wie gewinnen wir die Arbeiter für die Volksgemeinschaft? Oder: Wie erobern wir die Seele des deutschen Arbeiters? Für solche Hausbibelsprüche haben Leute, wie Silberberg, Duisberg, Voegler, Schacht usw. wirklich keine Zeit, das überlassen sie schon anderen.

Das Problem liegt in der Frage, die sich aus der Gesamtentwicklung der letzten Jahre herausgedrängt hat: Wie können wir national gedeihliche internationale Politik machen? Wie diese Gesamtentwicklung ging, ist schon in der letzten Nummer der „Bergarb.-Ztg.“ unter „Internationale Rundschau“ angedeutet. Wir zitieren hier nochmals daraus:

„Besten Endes sind es ja auch die starken internationalen privatwirtschaftlichen Bindungen, die im letzten Jahre entstanden sind — nicht weniger als 14 internationale Kartelle wurden gegründet, die mit zur Erklärung der bekannten politischen Rebe Silberbergs auf der Dresdener Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie herangezogen werden müssen. Die Industrie sucht die politische Unterstützung der Arbeiterschaft zur Durchföhrung ihrer internationalen Wirtschaftspläne, die durch die Außenpolitik der Deutschnationalen gefördert wird. Seit Eintritt in die Internationale Handelskammer haben sich die Beziehungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie zu den Organisationen der englischen, der holländischen, der österreichischen, der schweizerischen, der tschechischen und vor allem der englischen stark gehoben. Diese Pflege internationaler Beziehungen zwischen den Industrieböhrden geht dabei Hand in Hand mit der zunehmenden internationalen Kartellierung der europäischen Wirtschaft.“

Für die internationale Verflechtung und Verwurzelung des Kapitals und des Unternehmertums kennzeichnend ist auch die Ausdehnung der Internationalen Handelskammer. Insgesamt gehören heute mehr als 700 der wichtigsten Unternehmerorganisationen von 42 Ländern der I.H.K. an. Schon daraus geht hervor, daß es sich hier nicht nur um eine Vereinerung der Handelskammern im eigentlichen Sinne des Wortes handelt, sondern um eine „Internationale der Unternehmer“ überhaupt.

Der Ruf nach Freihandel dieser Leute ist also nichts weiter, wie konsequente Wegbereitung für das zwangsläufige wirtschaftliche Werden. Es liegt ein Stück Tragik in dieser Entwicklung für weite deutsche Parteikreise, die dabei noch, ohne daß sie sich dessen vielleicht bewußt wurden, von den eigenen Leuten eine feine Ironisierung erfuhren. Duisberg war es, der in Düsseldorf sagte bezüglich des Einverständnisses mit der Silberbergschen Ausführung in Dresden: „Wir wollten einmal einen Stein in den Leich werfen, um zu hören, wie die Frösche quaken!“ Man hat viel geglaubt, daß diese Worte die Arbeiter treffen sollten. Hätte man gefragt, würden Duisberg-Silberberg sicher nur feint gelächelt haben.

Es geht also um internationale Politik! Es geht nicht um Freihandel im alten Sinne. Höchstens könnte man sagen: Es geht um kartellierten Freihandel. Das aber ist Politik im wahrsten Sinne, also auch internationale Politik.

Das ist der Punkt, an dem wir heute angelangt sind. Hier gibt es nur ein Entweder — Oder! Entweder zurück zu den alten Methoden nationaler Verrammelung und damit Verkümmern, oder vorwärts mit der wachsenden Gesellschaftswirtschaft zu einer analog zusammenwirkenden Wirtschaftsgesellschaft. Und nun erst entsteht die Unterfrage: Wer wird zu dieser Politik bereit sein? Das ist eine Frage bei uns in Deutschland. Ist eine Frage, die beantwortet werden mußte.

Nach all den bisherigen Erfahrungen konnte die Antwort natürlich schwer sein. Die Deutschnationalen? Herr Ludendorff hat sie ja schwer im Verdacht. Aber zu der Politik, die die Wirtschaft von heute braucht, reicht es doch nicht. Deshalb das offene Bekenntnis von Silberberg, daß zumindest (so hat er gedacht) nicht ohne die Arbeiter regiert werden kann. Seine Ueberzeugung, das kann man nach dem Freihandels-Manifest ruhig behaupten, ist, daß nur mit der Arbeiterschaft, in die Politik übertragen, nur mit der Sozialdemokratie regiert werden kann. Hic Rhodus, hic salta!

Was dem Manifest an Kritik erstanden ist, hat wenig Bedeutung. Die Namen der Unterzeichner wiegen dafür zu schwer. Das ist nicht die Meinung irgend eines Bundes-

philantropischen Charakters, sondern hier sprechen diejenigen, die an der Spitze privatkapitalistischer Entwicklung stehen und mit allen Möglichkeiten einer Weiterentwicklung am besten vertraut sind. Der Weg zu diesen neuen Möglichkeiten ist in dem Manifest klar vorgezeichnet, ein Weg, der auch über kurz oder lang gegangen wird. Das bedeutet aber ein ganz neues Problem, für die Arbeiterklasse insbesondere. Wir haben schon gesagt, daß es hier um kartellierten Freihandel geht. Darin liegt eine ungeheure Gefahr, weil das bedeutet, daß das internationale Unternehmertum in geschlossenen, solidarisch handelnden Gruppen besteht, während die internationalen Verbraucher und insbesondere die Arbeiter von einer allzu stark nationalpolitisch bestimmten Regierung — in den einzelnen Ländern — lahmgelegt gehalten werden können. Daß dieses internationale Werden stark beeinflusst und bestimmt werden kann durch nationale Politik, wird wohl keinem Zweifel unterliegen, denn zu Freihandel unter den heutigen Verhältnissen gehört ja doch etwas mehr, wie Beseitigung der Zollmauern. Die nächste Zukunft muß zeigen, ob die Arbeiterschaft sich der Bedeutung dieser neueren Entwicklung auch recht bewußt ist.

## Wirtschaftliches Pan-Europa.

Das in der vorbereitenden Kommission der Internationalen Wirtschaftskonferenz unterbreitete Programm der Arbeitergruppe steht als wichtigster Punkt u. a. die Begründung einer internationalen Handelspolitik vor. In der Praxis muß ohne Zweifel die stärkere Organisation der europäischen Wirtschaft der erste Schritt in dieser Richtung sein. Die Lage Europas ist im Vergleich mit dem großen Konkurrenten Amerika und anderen Weltteilen so schlecht, daß sich niemand mehr ernsthaft einer solchen Lösung entgegenstellen kann. Zahlen schalten jeden Widerspruch aus: Vergleicht man die Export- und Importzahlen des Jahres 1913 mit jenen des Jahres 1922, so zeigt sich, daß der Weltmarkt um 20 Prozent zurückgegangen ist und zwar in dem Sinne, daß die Zahlen für Amerika, Australien und Asien stiegen, während die Quote Europas um ca. 35 Prozent sank. Diese Entwicklung ist zu keinem geringen Teile auf die wirtschaftliche Zersplitterung und Kleinigkeit der europäischen Staaten zurückzuführen, denen das gut ausgerüstete Amerika als wirtschaftliche Einheit gegenübersteht.

Soll Europa sein, so muß es wirtschaftlich und damit politisch Pan-Europa werden. Politisch hat wohl seit langer Zeit keine Idee so weitgehenden Umfang gefunden wie der Gedanke „Pan-Europa“. Die Geschwindigkeit, mit der dieser Gedanke in wenigen Wochen in allen Ecken und besonders in der Arbeiterbewegung Fuß gefaßt hat, ist ein Beweis dafür, daß es so etwas wie ein europäisches Gemeinschaftsgefühl gibt. Daß zum Teil auch das fortschrittliche Bürgertum dafür eintritt, darf die Arbeiterchaft von der Bejahung dieser Entwicklung nicht abhalten. Man ist sich in Arbeiterkreisen natürlich wohl bewußt, daß es sich bei einem großen Teil der bürgerlichen Befürworter um bloße Sentimentalität oder um eine durch die schlechte Wirtschaftslage Europas bedingte vorübergehende Angst handelt. Ebensovienig darf man sich von der Stellungnahme der Kommunisten beeinflussen lassen, die die ganze Bewegung lächerlich machen und machen müssen, da die Voraussetzung ihrer Politik der wirtschaftliche Zerfall Europas ist. Gerade auf wirtschaftlichem Gebiet wird die Spreu vom Korn sieben und zu Tage treten, wenn es ernsthaft um die Gründung und damit auch die soziale Gesundung Europas zu tun ist. Daß Pan-Europa letzten Endes kein bürgerliches Ideal sein kann, wird sich im Augenblick zeigen, wo die Erkenntnis einsetzt, daß es nicht um die Betätigung egoistischer Instinkte in europäischem Maßstabe, sondern um den ersten Schritt zu einer wahrhaft internationalen Handelspolitik geht. Diese Erkenntnis war bei den Arbeitern von allem Anfang an vorhanden und reifert jetzt ihr Bekenntnis zu Pan-Europa.

Sie hat mit dem Pan-Europa egoistischer Wirtschaftskreise nichts zu tun und steht auch in der Pan-Europa-Bewegung von Londonhove-Calegr vorläufig mehr eine gute Absicht als einen praktischen Anfang. Ein Pan-Europa, das ein bloßes Stumpf-Europa einiger Staaten ist, kann uns nicht weiterbringen und ist vom Gleichgewicht der Mächte so abhängig wie irgendeine politische Allianz. Es wird ein Europa bleiben, wo sich die Russen und Chamberlain hier, die Stresemann und Briand dort zu nicht unabhängigen Besprechungen treffen werden. Viele sehen in dem Wort Pan-Europa eine bequeme Ausrede oder betreiben ein wirtschaftliches Pan-Europa als schnellwirkende Medizin, von der sie wie ein naiver Kranke die plöbliche Genesung von einem Uebel erhoffen, das viel tiefer sitzt und von dem man sich nicht ehe-lich freizuschaffen glaubt.

Einer der ernsthaften Wirtschaftspolitiker, der diese Gefahren einseht und davon abträt, Pan-Europa so oberflächlich und opportunistisch ins Werk zu setzen wie die in den einzelnen Ländern in den ersten Nachkriegsjahren eingeföhrt und überall fehlgeschlagene nationale Wirtschaftspolitik, ist Dr. F. Binner, der in einem vor geraumer Zeit im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Artikel in entscheidender Weise auf die in nationaler Sinnhaftigkeit begangenen Fehler hinweist und ohne Umschweife sagte, daß der nationale Gedanke Europa weder kraftvoll zu fundieren noch höher hinauf zu bauen vermöchte:

Die Wirtschaftsgebiete und damit die Binnenmärkte sind durch den Krieg nicht größer und einheitlicher, sondern meist kleiner und ärmer geworden. Statt nun wenigstens zwischen diesen geschwächten und zum Teil verkleinerten Wirtschaftsgebieten die Fäden des Austausches und der Wechselwirkung enger zu knüpfen, haben die nationalen Tendenzen, in deren Namen der Krieg allenthalben geföhrt und ebenso fast allenthalben verloren wurde, dahin gewirkt, daß die Wirtschaftsgebiete sich noch stärker als früher von einander abtrennten. Jedes Land will sich auf möglichst vielen Gebieten der Produktion von anderen Ländern unabhängig machen. Und während diese Entwicklung zum Unorganischen und Unökonomischen, deren Liquidation die ganze Unwirtschaftlichkeit der nationalen Wirtschaftspolitik erst offenkundig machen müßte, kraft der nationalen Beharrungstendenzen noch immer weiter röhrt, hat sich das Idealbild Pan-Europa aus dem ganzen Werk und Glend

der Wirtschaftersplitterung und der wirtschaftlichen Anomie erhoben.

Dr. Wimmer warnt vor der Wiederholung ähnlicher Oberflächlichkeiten in europäischem Maßstabe. Diese Warnung richtet sich nicht so sehr gegen die Wirtschaftsdoktrinen, die sich, wie z. B. Dr. Wimmer, im allgemeinen über die gewaltigen Schwierigkeiten einer solchen Umstellung klar sind und wissen, wie schwer es hält, den Weg der wirtschaftlichen Entwicklung aus den heutigen verfahrenen, aber trotzdem noch mit aller Energie und mit allem nationalen Eigenwillen weiter befahrenen Wegen herauszufahren und in Bahnen zu lenken, die eine so ganz andere sachliche Einstellung und ganz andere Menschen als diejenigen verlangen, die in der bisherigen Technik und Taktik groß geworden sind und die nun nicht allein neue Methoden, sondern auch den neuen Geist lernen müssen. Dr. Wimmer wendet sich mit Recht gegen die jetzigen Wirtschaftspraktiker, was heißen muß, gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt. Er sagt in diesem Zusammenhang:

Die Wirtschaftspraktiker, die sich in ihren Wirtschaftspraktiken, in schwingenden Reden und Artikeln so schnell theoretisch zu Pan-Europa bekennen, stehen der Idee, die sie zu propagieren vorgeben, oft nicht mit der Ehrlichkeit, einfachen und leichten Endes auch wirklich klugen Anschauung gegenüber, die die Vorbedingung für die Gründung Pan-Europas sein muß. Es ist häufig überhaupt keine Idee, kein Gedanke, der sie leitet, sondern eine große oder kleine Rechnung. Manchmal denken sie sich bei ihrer Verherrlichung des wirtschaftlichen Pan-Europa überhaupt nicht sonderlich viel. Sie sehen nur, daß sie sich mit ihrem bisherigen Wirtschaftssystem gründlich verfahren haben und greifen in ihrer Ratlosigkeit nun einfach nach einem fremden Gedanken, der gerade halbt und schon ausreicht. Pan-Europa ist keine Angelegenheit, in die man sofort mit beiden Füßen hineinspringen kann. Erst muß der geistige und wirtschaftliche Abbau der nationalen Ueberorganisationen, jener Kunstgebirge und ökonomischen Unabhängigkeitsgebirgen vorangehen.

Seitdem ist mit der internationalen Falschorganisation bereits ein Anfang gemacht worden. Dies zeigt sich vor allem auf dem Gebiete der Bildung internationaler Kartelle, die in keiner Weise im Hinblick auf eine konkurrenzfähige europäische Wirtschaftseinheit, sondern von rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus angelegt werden. Das am 1. Oktober abgeschlossene Eisenkartell zwischen den französischen, deutschen, belgischen und luxemburgischen Produzenten, das nach äußerst langwierigen Verhandlungen zustande kam — bei denen die Dautenfrage die erste und die Gründung der Wirtschaft Europas überhaupt keine Rolle spielte —, sollte ohne Zweifel dazu beitragen, daß die Konsumenten der Eisen produzierenden Länder nicht höhere Preise zu zahlen haben als die Kunden der Konsumentenländer. Wie will aber die internationale Eisenindustrie diese offensichtliche Benachteiligung des Konsumenten in ihren eigenen Ländern beseitigen? Wahrscheinlich nicht dadurch, daß sie die Preise in den Erzeugungsländern auf den Stand der jenen Weltmarktpreise hinabdrückt, sondern umgekehrt, indem sie die Preise in den reinen Konsumentenländern möglichst auf den Stand in ihren zollgeschützten Ländern erhöht. Diese Gefahren dürfen nicht unterschätzt werden. Louchet, ehemaliger französischer Wiederaufbauminiister, sagt im Zusammenhang mit dem Abschluß des Stahlkartells ganz richtig:

Aber wie werden die Interessen der Verbraucher geschützt werden? Werden diese Kartellgruppierungen nicht ähnlich wie in der Vergangenheit vom Streben nach hohen Gewinnen geleitet sein? Werden die Preise nicht ziellos erhöht werden? Hier müssen die Regierungen die Kontrolle übernehmen.

Auch die Bronzereue der belgischen Gewerkschaftsbewegung spricht sich für eine weitgehende öffentliche Kontrolle aus. Ein Eisenkartell wie das jetzt gegründete stellt nichts anderes dar, als eine rein privatwirtschaftliche Sanierung der heute überexpandierten und zum Teil technisch veralteten europäischen Eisenindustrie, und zwar eine Sanierung mit untauglichen Mitteln. Wenn man bedenkt, daß schon bei der endgültigen Errichtung des Kartells von gut unterrichteter Seite davon gesprochen wurde, daß Quotenregelungen binnen kurzem das ganze Kartell wieder in Frage stellen können, so braucht man sich in bezug auf ernstlichere Absichten des Kartells zugunsten der wirtschaftlichen Gesundung Europas allerdings keinen Illusionen hinzugeben.

Ähnlich liegen die Dinge auf anderen Gebieten. Diese negative Methode der Kartellierung im Interesse eines künstlichen Gleichgewichts durch Produktions einsparungen zeigt, daß die brennende Frage international genau so heikel ist wie dies im nationalen Rahmen geschah.

Auch wenn sich auf Grund solcher aufgeblasener Kartelle die Lohnlage der Arbeiter einzelner Industrien vorübergehend stabilisiert, müssen die Arbeiter gegen solche Methoden Stellung nehmen. Es dürfen nicht Ausnahmestände geschaffen, sondern durch die Bildung und vernünftige Organisation der Gesamtproduktion muß die Lohn- und Arbeitslage der Gesamtarbeiterschaft und damit der Konsument und der Absatz im allgemeinen gehoben werden. Die erste Voraussetzung des wirtschaftlichen Pan-Europa ist deshalb auch ein Pan-Europa der Arbeit, d. h. der Arbeitsbedingungen. Aus diesem Grunde wird in dem Programm der Arbeiter für die geplante Wirtschaftskonferenz verlangt, daß die industriellen Kartelle in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Regierungen, den Konsumenten- und Arbeiterorganisationen, dem Arbeiterbund und dem Arbeitsamt kontrolliert werden. Aus diesem Grunde auch ist die Forderung auf allgemeine Ratifizierung des

Washingtoner Übereinkommens eine Selbstverständlichkeit und erste Voraussetzung. Daß die Arbeiter an diesen Prinzipien festhalten, zeigte in nationalem Rahmen der Generalstreik in England. Er wurde vor allem eingeleitet, weil die Regierung und die Kohlenbarone die Verlängerung der Arbeitszeit und die Herabsetzung der Löhne in den Vordergrund schoben und sich um die Reorganisation der Industrie herumdrücken wollten. Dieser Standpunkt war auch bei Abschluß des Generalstreiks begleitend und liegt jetzt noch der Politik der Bergarbeiter zugrunde. Oben- und konsequent wählten jedoch die Unternehmer der Bergbauindustrie im Bericht der Kohlenkommission vorgezeichneten Reorganisation der Industrie auszuweichen. Dies zeigte sich u. a. vor nahezu drei Monaten auf einer der letzten Sitzungen zwischen den Bergleuten und Unternehmern, die ohne jegliche Aussicht auf eine baldige Lösung des Konflikts abgeschlossen wurde. Noch einmal trug Smith u. a. seine Vorschläge betr. die Gründung von Verkaufs- Syndikaten, d. h. die Schaffung eines Amtes für die Festsetzung der Preise für den inländischen Handel und den Export vor und noch einmal zeigten die Unternehmer, daß sie von all dem nichts wissen wollen. Dies war im Juni. Heute liegen die Dinge noch genau so schlimm oder noch schlimmer. Den englischen Bergleuten ist es nur noch um die Fortführung der nationalen Organisation der Bergarbeiter zu tun, deren Aufrechterhaltung eine natürliche Voraussetzung für die nationale Organisation der Produktion und des Absatzes ist. Dieser spezielle Fall einer einzelnen Industrie, die nationale und europäische Zusammenarbeit zur Voraussetzung hat, falls sie nicht zugrunde gehen soll, zeigt deutlich, daß die Arbeiter bereit und willens sind, national und international die nötigen Voraussetzungen für ein konkurrenzfähiges Europa zu schaffen, daß aber die Unternehmer lieber das wirtschaftliche Leben ihres Landes zerrütten und Europa auf dem internationalen Markt geschwächt und ausgeschaltet sehen, als daß sie auf die primitiven Methoden ihrer Wirtschaftsführung zu verzichten.

**Du hast sicherlich schon gedacht, Kamerad, daß unser fortgesetztes Mahnen, für die englischen Kameraden zu sammeln und zu opfern, bald genug sein könnte. Du irrst, denn du mußt bedenken, daß in England drei Millionen Menschen, die Streikenden mit Angehörigen, auf diese Unterstützung warten. Stelle dir diese Masse vor, wie sie hungrig fleht, ihr zu helfen im Kampf. Kinder und Frauen sterben an Unterernährung, aber mit zusammengebissenen Zähnen stehen die Streikenden. Tut ab, Kamerad! Tausche diese Tapferen nicht in der Hoffnung, mit deiner Unterstützung zu siegen! Kamerad! Zeichne noch heute auf die Sammelisten!**

**Die neue Erkenntnis.**

Hat der Arbeiter Geld, hat's die ganze Welt!

Es gilt bei uns in Deutschland in letzter Zeit schon gar nicht mehr für vollwertig, von Fordischen Wirtschafts- und Geschäftsprinzipien zu reden oder zu schreiben. Man hat oft die Empfindung, wenn man in den Unternehmerblättern kritisches über Ford liest, als ob man ein geheimnisvolles Augenvollkommen der betreffenden Artifel wahrnehmen könnte, mit dem man das „ganz andere“ deutsche Unternehmertum“ andeuten wollte, das bald, zu Staunen der Welt und der „Fordpolitiker“, den wirtschaftlichen Segen erheben lassen würde. Nun dürfen gerade wir mit den Leuten sein, die im Fordsystem die erfüllte Aufgabe der Arbeiterklasse erkennen wollten. Aber sicher bleibt, daß für das Verhältnis innerhalb der Wirtschaftsgesellschaft des Privatkapitalismus, das Fordische Wertverteilungsprinzip das denkbar ideale und gerechteste genannt werden muß. Ueber sein Mechanisierungs- und Rationalisierungssystem soll damit nichts gesagt sein.

Bei den Wirtschaftspolitikern in Deutschland will man aber nicht gern den Vorteil des Fordischen Prinzips: Hohe Löhne, niedrige Preise, zugeben. Man möchte dieses Prinzip gern a Kaprixe eines Weltantröpsel hinstellen, der durch besondere Verhältnisse zu seiner Praxis begünstigt wird. Nun mußte sich aber die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, das Organ der deutschen Gewerkschaften, belehren lassen, daß dieses Fordische Geschäftsprinzip tatsächlich das ganze Geheimnis der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftsprospérité enthält.

Kein anderer wie der amerikanische Handelssekretär Herbert Hoover hat dieses der „D. Bergw.-Ztg.“ bestätigt. Wir entnehmen der Zeitschrift, die uns schon von der „D. Bergw.-Ztg.“ beschritten zu sein scheint, auszugeweiht folgendes:

„Es ist noch gar nicht so lange her, daß auch der amerikanische Fabrikant auf dem Standpunkt stand, daß es sein eigener Vorteil wäre, wenn ein möglichst großes Heer von Arbeitslosen bestände und wenn dieses Heer von Arbeitslosen durch freie Einwanderung künstlich vergrößert würde. Damals war man auch der Auffassung, daß niedrigste Lohnsätze in Verbindung mit längerer Arbeitszeit die einzigen Mittel wären, die Produktionskosten so weit als möglich herabzudrücken und die Gewinnquoten zu vergrößern. Es ist andererseits noch nicht viele Jahre her, daß unsere Gewerkschaften den Standpunkt vertraten, daß eine möglichst geringe Erzeugungsleistung des einzelnen Arbeiters die beste Gewähr für dauernde Arbeitsmöglichkeit einer möglichst großen Zahl von Arbeitern wäre. Wir haben aber jetzt bereits eine ziemliche Strecke

**auf dem Wege der neuen Erkenntnis**

zurückgelegt. Es ist uns allen klar, daß das Wesentliche, ja die Quintessenz einer Massenfabrikation hohe Löhne aber niedrige Verkaufspreise sind. Das ganze System ist in dem Streben verankert, den Umfang des Konsums nach Möglichkeit zu vergrößern, um dadurch die Produktion nach Kräften anzuregen, den Reallohn zu steigern und den allgemeinen Lebensstandard des Arbeiters entsprechend zu erhöhen. Auch wir haben in Amerika zeitweilig schlechte Zeiten durchgemacht, wenn auch lange nicht in dem Ausmaße wie dies in Europa der Fall war, und zwar lag der Grund des geringeren Ausmaßes der Depressionserscheinungen vornehmlich in unserer weiten und sehr aufnahmefähigen Inlandsmarkt. Aber selbst in kritischen Zeiten haben bei uns die Unternehmer eher alle andere Mittel versucht, ehe sie zu einem Lohnabbau schritten. Sie haben sich lieber mit dem Gedanken der Rationalisierung der Betriebe, der Verbesserung der Betriebsorganisationen und mit der Einführung arbeitssparender Maschinen befaßt, sie haben lieber die Produktionsprozesse zu verbessern und den verwaltungstechnischen Apparat ihrer Betriebe zu verbessern gesucht. Die Durchführung dieser Verbesserungen hat dadurch oft trotz der durchgängig gezahlten hohen Löhne die Produktionskosten per Einheit der Erzeugung unter denjenigen Kosten gehalten, die Länder mit billigeren Arbeitskräften und erhöhten Arbeitsstunden zu zahlen verpflichtet waren.“

Nun wohl, unsere Unternehmer haben sich ja auch „mit dem Gedanken der Rationalisierung befaßt“. Inwieweit waren und sind sie ja gelehrige Schüler Amerikas. Nur blieben sie bei und auf halbem Wege stehen. Sie rationalisieren, um mit weniger Arbeitskraft dasselbe wie früher zu erreichen; das ist ihr Krümmer! Die Amerikaner rationalisieren, um mit weniger Arbeitskraft das Doppelte zu erreichen. Und das ist natürlich nur möglich, wenn der Lebensstandard sich entsprechend hebt, d. h. das Realeinkommen, die Kaufkraft usw. entsprechend vorwärts schreitet.

**Wissen, Beruf, Leben.**

**In den englischen Kohlenfeldern.**

Von Heinrich Braune.

London (55, Russell Square), im Oktober 1926.

In der Exekutive der Bergarbeiterdelegation Großbritanniens herrscht heute morgen wieder erhebliche Aufregung. Die Nachrichtung mit den Parlamentariern war ziemlich ergebnislos verlaufen, eine der üblichen, nicht allzu viel jugendlichen Entschuldigungen wurde verfaßt, die eigentlich nur Wert von Tagesberichten besitzen. Aber von der Kongressberatung des Komitees erhofft man um so mehr. Draußen vor der Tür warten seit einigen Stunden die Reporter der Londoner Presse, die alle von Miss Adams, der Sekretarin A. J. Coats heranzutreten: „The committee is still sitting.“ (Die Sitzung dauert noch an) wieder hinauskomplimentiert werden. Mit dem Photographen zusammen setzen sie jetzt an den Geländern der Ballustrade und lassen die Augen gelangweilt über das laufende Gerede des Verkehrs in der Southampton Road gleiten, nach dem sich der Kapell Square im Osten öffnet.

Draußen tippen die Straßensänger unermüdet die letzte Entschuldigungs für die Delegationen. A. J. Coats läuft alle Augenblicke durch diesen mit Seppel ausstrahlenden hochgeputzten Raum, macht Unterredungen und gibt mit einer von dauerndem Leben heftigen, todesähnlichen Stimme Antworten. In seinem blaue gestrichelten Mantel bewegt er sich den wellenartigen Tritten, seinen blauen Schopf und dem überaus wichtigen Gesicht ist er in ganz England schon bekannt geworden, der ehemalige Kapitän der Bergarbeiter, der im schwebigen Bergarbeitermittel und den zerfahrenen Händen noch schwerer Arbeit im Schacht seinen Volkern noch das Wort Gottes ansagte, bis er Entschuldigter wurde und die Arbeit mit dem kommunistischen Kommando verband. Schwach und beweglich ist er, das absolute Gegenteil zu Herbert Smith, dem Vorsitzenden der Delegation, der groß und schwer ist, mit einem harten, harten Gesicht, das sich nicht nur zu einem so hervorragenden Stannan verhalten kann, wie es jetzt verhält, wenn er diese wichtige Stellung zum ersten Male best mit dem harten Gesicht, auf dem eine viel zu kleine Nase balanciert.

„We don't know, what happens.“ (Wir wissen nicht, was los ist), sagt Miss Coats, des Exekutivmitglied von Miss Adams, der Arbeit, als sie aus dem Konferenzsaal heranzutreten. Entweder Cape wie Davies können ihre in ihren heimathlichen angelegten Reden nicht befehlen. Tom Cape hatte mich zur Begleitung in die Wiltshire-Kohlenfelder nach Nottingham eingeladen und Davies wollte mich in seiner Ur mit nach Südwales nehmen. Aber jetzt werden alle Mitglieder der Exekutive in der zentrale Heilung und so jagt es vor, allein in die Kohlenfelder zu gehen. Ich reise ab nach Südwales.

**Zunächst nach Cardiff.**

Das Tor für Südwales ist Cardiff. Das ist eine große Stadt, die wohl über eine halbe Million Menschen beherbergt. Umarmt sind die Dockanlagen, schwebig und stützend die Araberelms und recht nett und schon die Paradenstraßen, die heute von Arbeitlosen erfüllt sind. Ueberall stehen sie, vor den Läden, an den Türen, schlendern langsam den Bürgersteig herunter. Der Kohlenhändler ist leer. Das ist schon der Kohlenkrieg. Grau und trüblich liegt die Stadt da, grau und trüblich wie die Menschen auf den Straßen. Hier hat die Miners Federation of South Wales ihre Bureau drüben am St. Andrew Crescent. Es sind aber nur Sekretärinnen und alte Gewerkschaftsbeamte da, die nicht mehr mit rauskommen, alles, was noch jung und frisch ist, muß fort zum Sprechen. Der greise Alte dort rät mir, nach North zu gehen. „There are our biggest coalfields“, meint er und telefoniert mit dem Sekretär dort, orientiert mich über Weg und Abfahrt des Buses und schreibt Adressen und Empfehlungen auf. Bald schwingt der Schamier die grüne Fahne für die Abfahrt in die „blauen Kohlenfelder“.

**Bei den streikenden Bergarbeitern von Südwales.**

Südwales ist ein herrliches Land. Gleich, wenn der Zug Cardiff verlassen hat und schwarze Arbeiterwohnungen den Waldhain jenseits öffnet sich eine reizvolle Berglandschaft. Dunkelgrüne Waldhänge leiten ein schönes, tiefes Tal hinab, in dem ein Bergstrom weiß schäumt. Kurz vor Pontypirido überquert das schwebige Spinnennetz eines Viadukt die Schlucht. Von oben herunter blitzen kleine, weiße Siedlungen interessiert dem bergan schauenden Zug noch und ein trotziges Kapell mit diesem Wandturm und hüben Hüthen kaum nenniger zwischen hohen Tannen hindurch. Dann weicht sich das Tal, Gleise rücken auseinander, viele kleine grüne Güterwagen der Great Western Railway, hoch oben schwarze Schornsteine, die kalt und rauchlos in den blauen Himmel stehen.

So beginnen die Kohlenfelder. Die grünen Waldhänge vergrünen, mit trüblichen Sägen stehen die runden Berggipfel zueinander, oft schwarz verbrannt. Schwarz, das wird jetzt die herrschende Farbe. Schwarz sind die Schladenerbe, die sich wie alte Wägen die Hänge hinanziehen, die den Grund für die Siedlungsländer geben müssen und auf denen man die Siedlungen errichten hat. Die Berge rücken bald wieder dichter aneinander, werden noch einmal Platz für den großen Ort Pontypirido, wo man auf den Zug nach North warten muß. Von nun an sind sie immer dicht beieinander. Das Rhonda Valley ist schmal. Die beiden Flüsse unten in der Talsohle nehmen schwarze, niedrige Fährgebäude ein, hinter deren blauen Fenstern heute Köpfe zu sehen sind und dort eine kleine elektrische Bahn gelb blüht. Die Wohngebäude aber aus grauem Bruchstein hoch die Hänge hinauf; das mit eben der Berg eine Straße liegt, drängen sie sich zu schmalen

Dauerzeiten. North ist eine Stadt von ungefähr 25000 Einwohnern. Ein Ort mit winzigen Gassen, die hoch und nieder flattern. Alles kleine, zweistöckige Häuser, grau und schwarz, flachen Dachern und eisernen Fenstergerippen. North ist das Zentrum des Rhonda-Distrikts, in dem etwa 40- bis 50000 Minenarbeiter beschäftigt sind. In North haben sie ihr Generalschichtsbureau, dessen Sekretär Lewis, ein hochgewachsener Mann mich vor der Tür erwartet.

Mit ihm spreche ich alles durch, was mir wissenwert erscheint, und mit ihm schlendere ich durch die „biggest coalfields“. So also sieht die vorderste Linie in diesem erbitterten Stellungskriege zwischen Kapital und Arbeit aus, die vorderste Front des internationalen Kampfes der Arbeiterklasse!

Die hier heute an Säunen und Heden stehen und an den Barrieren der Eisenbahnen, zergrünt, mit eingefallenen Wangen die Ballonmüde im Nacken, den Schal um den Hals geschlungen im abgerissenen Arbeitsittel über schwebigen Sonntagshabit, Jung und Alte, in Gruppen zu fünf oder sechs, Hunderte, Tausende wohl insgesamt, die standen gestern und wohl schon hier und vorgestern, die ganzen Tage, hunderte und hundert Tage hin durch, und warten, warten nur immerzu. Jeden Tag.

„Arbeitet gar keiner?“

„Nobody, only the safety-men. Kein einziger, nur die Sicherheitsleute.“

Jeden Tag erhalten sie durch die Lokalkomitees einmal ein Essen. „Es ist nicht viel mehr als eine Suppe“, meint ein alter Bergarbeiter mit den charakteristischen blauen Malen alter Schläge an denen man jeden, der unten im Schacht arbeitete, wiedererkennen kann. „Ja, Geld gibts“, erklärte er etwas bitter weiter, „während des Kampfes hat es bisher am 9. August, am 9. September um am 14. und 21. glaube ich, je 2 Schilling gegeben.“ — „Ja, wir sollen wir es auch machen?“ wirt Lewis ein. „Für den 21. erhielten wir über Cardiff von London 3000 Pfund, in die 40000 Menschen teilen sollen. Das gibt nicht einmal 2 Schilling. Darum erhält nur der das Geld, der am Essen nicht teilnimmt.“ — „Und die anderen?“ — „Kriegens nichts“, zuckt er mit den Achseln. — „Ja, und der Staat?“ — „Es existiert wohl die Poor Law Relief die geistliche Armenhilfe, die kleine Darlehen bewilligt, aber unter Frauen halten es für unter ihrer Würde, dorthin zu gehen. Das Frauenkomitee in London hilft, soviel es kann. Aber wer will die Tausende von Waisen bekriegen? Geld und Kleider werden von dort geschickt, für die Kinder vor allen Dingen.“ — „Ja, die Kinder?“ — „Die erhalten“, erklärt Lewis weiter, „in der Schule zweimal etwas den Tag durch die Education authorities.“ — „Frauen und Kinder leiden wohl am meisten?“ — „Aber sie sind unsere besten Kämpfer, they determine to carry on, sie bestimmen, durchzuhalten.“

Keiner in diesem Bezirk wird die Gewerkschaft verlassen. The solidarity of the people is wonderful, sagte Lewis, als wir in die

Dieses Letztere fördert der Amerikaner bewacht, eben durch hohe Löhne und niedrige Preise.

Daß die Höhe der Löhne einen entscheidenden Einfluß auf den Inlandsmarkt hat, wird ja heute auch schon vereinzelt von den bürgerlichen Volkswirtschaftlern zugegeben und anerkannt.

In der Gesamtwirtschaft eines Staates spielt eben nicht mehr die Agrarwirtschaft die entscheidende Rolle, und das Sprichwort: "Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt" trifft in den meisten Ländern nur mehr bedingt zu.

Die Wirtschaft der modernen Industrieländer ist eben viel komplizierter geworden und daher gilt heute das zitierte Sprichwort nicht mehr in der alten Form.

Nun ist ja in dieser Zeit die Kaufkraft des Dollars ebenfalls nicht stabil geblieben, so daß die relativen Ein- und Ausfuhrziffern kein genaues Bild ermöglichen.

Table with 3 columns: Year, Import (Einfuhr), Export (Ausfuhr). Rows for years 1913 to 1925.

Der höchste Exportwert wurde nach dem Index im Jahre 1916 mit einer Ausfuhr von 4317 Mill. Dollar erreicht, doch ist diese Ziffer durch den Krieg bedingt.

Weitere Staatsbeihilfe für den Siegerländer Erzbergbau.

Im Sommer d. J. beschloß der preussische Landtag, dem dar-niederliegenden Siegerländischen Erz- und Eisenbergbau ab 1. Juni bis zum November 1926 eine Staatsbeihilfe zu gewähren.

Die Staatsbeihilfe in Höhe von 2 Mill. je abgeleitete Tonne Eisen-erz ist zur Hälfte von der preussischen und zur anderen Hälfte von der Reichsregierung getragen worden.

Da die Frist der Staatsbeihilfe mit dem 1. November 1926 abläuft, beantragten mehrere Parteien des preussischen Landtages, die Staatsbeihilfe für den Erzbergbau an der Sieg, der Lahm und der Dill für das ganze Staatsjahr, d. h. bis zum 1. April 1927, auszuweiten.

Der Antrag, der von den Parteien gestellt wurde, erhielt eine Ergänzung dahin, wonach nicht nur die Grubenbetriebe des Siegerländischen sowie des Lahm- und Dillgebietes mit der Staatsbeihilfe bedacht werden, vielmehr die Staatsbeihilfe auch auf die Erzgruben im Sauerland und im Sauerbrunn ausgebehrt wird.

beihilfe wirtschaften zu können. Es sei auch zu prüfen, ob allen Betrieben gleichmäßig 2 Mill. pro abgeleitete Tonne zu gewähren sei.

Der Antrag, der von den Parteien gestellt wurde, erhielt eine Ergänzung dahin, wonach nicht nur die Grubenbetriebe des Siegerländischen sowie des Lahm- und Dillgebietes mit der Staatsbeihilfe bedacht werden, vielmehr die Staatsbeihilfe auch auf die Erzgruben im Sauerland und im Sauerbrunn ausgebehrt wird.

Ein Vertreter der Eisenbahnverwaltung teilte mit, daß die Reichseisenbahn ihre Frachttaxe für die Siegerländischen Erze überprüft und eine Ermäßigung gewährt hat.

Es liegt die berechtigte Annahme vor, daß bis zum 1. April 1927 der Siegerländische Erzbergbau sich zu erholen wird, daß er darüber hinaus eine Staatsbeihilfe nicht benötigt.

Der Kampf um den Ausbau der Erwerbslosenfürsorge.

Die Zahl der hauptunterstützten Erwerbslosen ist seit dem Monat Februar d. J., in dem sie ihren Höhepunkt mit über 2 Mill. Hauptunterstützten erreichte, um annähernd 600 000 zurückgegangen.

In Nr. 32 der "Gewerkschafts-Zeitung" wurde bereits ausführlich auf das Problem dieser Ausgesteuerten hingewiesen. Es wurde dort erklärt, daß es keine andere Lösung dieser Frage geben könne als die Verlängerung des Unterstützungsbetrages für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

In diesen Tagen beschäftigte sich nun das Parlament mit den von den Arbeitervertretern im Reichstag gestellten Anträgen auf unbegrenzte Verlängerung der Unterstützungsdauer.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beabsichtigen, wie wir erfahren, bereits in den nächsten Tagen an die Fraktionen des Reichstages heranzutreten, um diese zu einem Initiativ-antrag zur Wiederherstellung des Achtstundentages zu veranlassen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beabsichtigen, wie wir erfahren, bereits in den nächsten Tagen an die Fraktionen des Reichstages heranzutreten, um diese zu einem Initiativ-antrag zur Wiederherstellung des Achtstundentages zu veranlassen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beabsichtigen, wie wir erfahren, bereits in den nächsten Tagen an die Fraktionen des Reichstages heranzutreten, um diese zu einem Initiativ-antrag zur Wiederherstellung des Achtstundentages zu veranlassen.

ben Gewerkschaften vorgeschlagene Staffelung eine außerordentliche Mehrbelastung bedeuten würde. Die Erhebung vom 2. Juli über den früheren Arbeitsverdienst der Erwerbslosen habe ergeben, daß ein erheblicher Prozentsatz für die Verficierung in höheren Lohnklassen in Frage kommen würde.

Table with 4 columns: Lohnklasse, Einheitslohn (Mk.), Zuschläge (absolut), b. Prozent. Rows I to VI.

Die Gewerkschaften haben keinen Zweifel darüber gefaßt, daß sie eine viel höher gehende Staffelung, mindestens bis zu 60 Mark Wochenlohn verlangen, und daß sie sich auch mit dem vorgeschlagenen Satz von 40 Prozent des Einheitslohnes für die Hauptunterstützung nicht einverstanden erklären können.

Nachdem der Bundesauschuß des ADGB durch eine Entschlieung ein Notgesetz über die Verkürzung der Arbeitszeit gefordert hat, ist der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit besonders in den Vordergrund der Erörterungen gerückt.

So wird das Problem der Erwerbslosigkeit in den nächsten Monaten die Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Parteien beherrschen.

Das Notgesetz gegen Ueberstunden. Eine Forderung aller Gewerkschaften.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben in einer am 2. Oktober abgehaltenen Konferenz folgende gemeinsame Entschlieung angenommen:

Die herrschende Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt in der modernen wirtschaftlichen Entwicklung begründet. Es bedarf daher positiver Maßnahmen, um einen wesentlichen Ausweg der Arbeitslosigkeit, die mangelsmäßig durch die fortschreitende technische und betriebsorganisatorische Vervollkommnung verurteilt wird, herbeizuführen.

Die unterzeichneten Spitzenverbände erklären, daß es nicht genügt, die Verflechtung auf den Gegenseit zwischen dem heute herrschenden Ueberstundenwesen und der völligen Arbeitslosigkeit von Millionen hinzuweisen und vor dem System der Arbeitszeitverlängerung zu warnen, sondern daß es geistliche Zwangsbefehl ist, um die Durchführung des Achtstundentages zu sichern.

Die unterzeichneten Spitzenverbände stimmen aber auch darin überein, daß es nicht angeht, sich mit einer späteren Neuregelung der Arbeitszeit durch das endgültige Arbeitslohngesetz zufriedenzugeben, zumal mit dessen baldiger Verabschiedung nicht gerechnet werden kann.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beabsichtigen, wie wir erfahren, bereits in den nächsten Tagen an die Fraktionen des Reichstages heranzutreten, um diese zu einem Initiativ-antrag zur Wiederherstellung des Achtstundentages zu veranlassen.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen beabsichtigen, wie wir erfahren, bereits in den nächsten Tagen an die Fraktionen des Reichstages heranzutreten, um diese zu einem Initiativ-antrag zur Wiederherstellung des Achtstundentages zu veranlassen.

Schulstube eintreten, wo die Nachmittagspeisung der Kinder stattfindet. Der große Raum ist ausgeräumt, Schulbänke, Kiste, Tafeln in die Ecken verstaubt, ein großer Speiseaal hergerichtet.

Währenddessen spielte sich im Flur eine kleine, scheinbar belanglose Szene ab, die aber tief und deutlich den Ernst der Situation ahnen läßt. Eine Frau war gekommen in einem etwas schäbigen, aber sauberen Sonntagssaat, mit einem kleinen blonden fünfjährigen, der sich schon an den Rock der Mutter drängte.

Draußen treffen wir jetzt Kinder, die zu den Schuhreparaturwerkstätten, die von den Streikenden selbst eingerichtet wurden, hinzuströmen. Sie sind recht fidel dort oben und sitzen unter den rhythmischen Klopfschlägen ihrer Sämmel, die auf die allzu schabhaften Trittschritte der Kleinen und Großen niederprasseln.

Der Abend sinkt hernieder über dieses geschundene Land. Im Dunkel der Straße sieht man die wartenden Gruppen auszu-mitgehen. Mit schweren, müden Schritten stampfen die Männer über den Gehsteig zu. Aber nur die wenigsten Häuser zeigen traurigen Lampenchein.

Bücher und Schriften.

Der Achtstundentag. Seine Geschichte und die Erfahrungen mit seiner gesetzlichen Einführung in Deutschland.

Von Wilhelm Wolff. Berlin, Verlagsgesellschaft des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes. 112 Seiten. In Ganzleinen gebunden 4,80, broschiert 4 Mk.

Der erste Teil des Buches enthält eine vorzügliche kurzgefaßte Geschichte der täglichen Arbeitszeit und insbesondere des achtstündigen Arbeitstages, und zwar: 1. Vor und zu Beginn der kapitalistischen Wirtschaftsepoche. 2. Die Entwicklung bis um das Jahr 1890. 3. Die Entwicklung unter internationalem und insbesondere sozialistischem Einfluß bis 1914. 4. Die Fortschritte der Achtstundentagbewegung unter dem Einfluß des Zeitrieges und seines revolutionären Abchließes von 1918 bis zur Gegenwart. 5. Die Reaktion gegen den Achtstundentag. Besonders bemerkenswert sind in diesem Teil die (statistischen) Darlegungen darüber, wie lang die Arbeitszeit tatsächlich in den verschiedenen Kultur-ländern war und ist bzw. wieviel Prozent der Arbeiter jenseitig so oder so lange beschäftigt waren.

Wie erkennen wir die Welt? Von Professor Dr. M. S. Waage.

36 Seiten mit 17 Abbildungen. Vierte Buchreihe zu den Urania-Monatsheften für Naturerkenntnis und Gesellschaftslehre, Jahrgang 1925-26. Verlag: Urania-Verlagsgesellschaft m. b. H., Jena. Einzelpreis: brosch. 1,50, geb. in Ganzleinen 2 Mk.

Lange Zeit wurden die Erscheinungen des Denkens und Erkennens als Vorgänge betrachtet, die so grundverschieden von allen übrigen Naturvorgängen seien, daß man sie durch eine unüberbrückbare Kluft von diesen getrennt glaubte.

Spekulativen Philosophie gelten. Ein wahrer Irrgarten von Ansichten tut sich dem auf, der es unternehmen wollte, die Meinungen der Philosophen zu studieren. Inzwischen ergaben aber die neuen Forschungen mit aller Eindeutigkeit, daß Denken und Erkennen keine metaphysischen Voraussetzungen brauchen, sondern wie alle anderen Lebenserscheinungen natürlich begründet sind.

Das Weltgebäude. Von Ernst Rühlbach.

Thür. Verlagsanstalt u. Druckerei G. m. b. H., Jena. 5 Mk.

In leicht faßlicher, nie ermüdender Form gibt der Verfasser hier eine Darstellung des weltlichen Weltens im Kosmos von der Weltentstehung bis zu dem Weltuntergange, welche letztere er beschreibt unter einer überraschend einfachen Annahme des bekannten physikalischen Kerns.

Physik für Baukschulen. Von Joh. Kieber.

H. Oldenbourg-Verlag, München, Gießstr. 2. Gebunden 4 Mk.

Der Verfasser, der mit Karsten schon die Physik für technische Gehrauskalten" schrieb, die einen großen Erfolg hatte, behandelt hier die Physik für das Baufach besonders und in einer Form, die auch dem Schüler von Selbstunterricht geläufig sein wird.

# Stein- und Kohlenfall-Unfälle.

Wiederholt haben wir betonen müssen, daß auf Seiten der Unternehmer bisher nie der Mut zur Selbstkritik über begangene Sünden grubenrichterlicher Art aufgebracht wurde. Um so erstaunlicher ist uns, als jetzt endlich einmal in der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ vom 21. Oktober d. J. ein solches Schuldbekenntnis — wenn auch etwas bemäntelt — zu finden ist. Unter der Überschrift: „Nebenwirkungen der bergbaulichen Betriebskonzentration“ wird eine aus „Bergbauzeitung“ stammende Abhandlung veröffentlicht, die sich mit den Stein- und Kohlenfallunfällen beschäftigt. Darin wird mit staunenswerter Offenheit gesagt, daß die Unfälle steigen. Mit einer etwas verschämten Schönrede wird dann weiter ausgeführt, daß die Ursachen auf Betriebsmängel zurückzuführen sind, die sich aus der Betriebskonzentration ergeben.

Diese Offenheit verblüfft den Kenner. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß sie nicht aus den Kreisen der Unternehmer, sondern von einem „wohlmeinenden“ Beamten der Bergbehörde kommt. Insbesondere läßt ein zarter Wink mit einem Hauptpaß am Schlusse der Betrachtungen darauf schließen. Es heißt dort: „Die im eigenen Interesse liegenden Bemühungen der Besche werden die Nachteile in nicht ferner Zukunft beseitigen, zumal, da auch die Bergbehörde (in der „D. Bergw.-Ztg.“ gesperrt gedruckt) Maßnahmen im gleichen Sinne vorbereitet, so daß eine Verminderung der Unfälle sicher eintreten wird.“ Das ist eine Schmeichelei mit der Buchstabe: Gewiß, ihr Unternehmer seid tüchtige Kerle und werdet schon selber..., seht euch mal den Knüttel (Bergbehörde) an.

Beachtenswert ist immerhin die Tatsache, daß so etwas in der „D. Bergw.-Ztg.“ geschrieben wird. Wir verfolgen die traurige Entwicklung der hier behandelten Unfallart mit großer Aufmerksamkeit und haben wiederholt kritisiert und gewarnt. Wir fanden taube Ohren. Jetzt endlich bekennt man unter dem Zwange nicht zu verbergender Tatsachen. Warum muß man aber erst durch steigende Wutstöße zu dieser Offenheit gezwungen werden?

Und nun zu der „D. Bergw.-Ztg.“. Zuerst wird dargelegt, welcher Art Betriebskonzentration gemeint ist: „Räumliche Zusammenlegung der bisher verstreut liegenden Einzelbetriebe und dadurch eine Verminderung der Selbstkosten... Auf den Sohlen werden die Betriebspunkte so zusammengelegt, daß aus jeder über der Sohle anstehenden Raumeinheit der größtmögliche bergwirtschaftliche Nutzen gezogen wird. Dieser Erfolg wird durch Einführung der Maschinenarbeit bei Gewinnung und Förderung verstärkt.“ Dazu gehört die Verschleimung des gesamten Betriebes durch Mechanisierung, z. B. durch Ansohrt der Belegschaften unter Tage mit Bügen vom Schacht ins Revier, durch Stapel-Seilfahrt, durch Förderer-Lokomotivförderung in den Abbaufeldern, durch mechanische Aufschichtvorrichtungen in allen Füllorten usw.

Weiter wird gesagt, daß sich aus diesen Voraussetzungen räumlich zwar kleinere Steigerreviere ergeben; die Zahl der Betriebspunkte sowie der Belegschaft wird jedoch gesteigert und daß deshalb die auf den Beamten ruhende Last der Arbeit und Verantwortung fühlbar zunimmt.

Dann heißt es wörtlich: „Es kommt bei dieser Entwicklung nicht ausbleiben, daß sich schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit gewisse unerwünschte und nicht in Rechnung gestellte Wirkungen geltend machen, die nicht immer als vorteilhaft zu bezeichnen sind.“ Diese Tatsache soll sich aus folgendem ergeben:

Der Fortschritt des Abbaues, d. h. das Zurückweichen des Kohlenstoffes wird infolge der mechanischen Gewinnung merklich beschleunigt. Dem Grubenbau wird eine immer größere Aufmerksamkeit gewidmet. Das gleiche gilt für den Bergvertrieb. Hand in Hand mit dieser Entwicklung aber — dies erhellt aus der neuesten Statistik — geht eine Zunahme der Unfälle durch Stein- und Kohlenfall, und zwar sowohl der Einzel- als auch der Massenunfälle. Das Forschen nach den Ursachen für diese Verhältnisse führt zu der Feststellung, daß die Abnahme der Schieferarbeit sowie die größere Sorgfalt beim Ausbau und Bergvertrieb durch ausgenutzt auf die Unfallhäufigkeit wirken müssen und daß auch der Mechanisierung kein unmittelbarer ungünstiger Einfluß auf den Unfallstand zugehrieben werden kann.

„Das erfolgt“, so heißt es weiter, „wenn Verban und Verfahrregeln richtig aufgestellt und beachtet werden. Es kann durch die Intensivierung des Abbaues an sich keine Vergrößerung der bergbaulichen Gefahren hervorgerufen werden.“

Das sind eigentümliche Behauptungen. Es wird dem Ausbau und dem Bergvertrieb immer größere Aufmerksamkeit gewidmet, die Unfälle nehmen zu. Es kann aber durch die Intensivierung keine Verschärfung eintreten, wenn die Regeln richtig aufgestellt und beachtet werden. Was ist denn nun eigentlich richtig: Steigen die Unfallhäufigkeit, weil keine richtige Regeln bestehen oder steigen sie infolge immer größerer Aufmerksamkeit, die man dem Ausbau und Vertrieb widmet? Im nachfolgenden kommt es aber:

„Andererseits liegen die Dinge hinsichtlich des beschleunigten Abbaufortschrittes. Den dadurch gegen früher wesentlich geänderten statistischen Verhältnissen des gesamten Abbaues — Kohle und Nebengestein — scheint vornehmlich die Schuld an der Zunahme der Unfallzahl zugehrieben werden zu müssen. (Also Bergemangel — Red. der Bergarbeiter-Ztg.) Denn während früher, bei gemäßigtem Abbaufortschritt, das Hangende meistens schon nach kurzer Zeit — etwa 3 bis höchstens 4 Meter verjagewärts von der bordenen Bergemauer — den stützenden Ausfüllung an den Bergvertrieb gewonnen hatte, läuft heute der Kohlenstoß so schnell fort, daß er erheblich weitere Strecken des Hangenden in der Schwere stößt, bevor sie sich auf den Verfall anlegen. Neugierig tritt dies in einer fühlbaren Verschlechterung des Hangenden in die Erscheinung, die einzelne Werte bereits festgestellt haben, und nach dem Selbsten ganzlich zu Unrecht, verschlechterten Lagerungsverhältnissen zuschreiben, während diese gleichgeblieben sind, wohngegen das Hangende den durch den weiteren Abbaufortschritt wesentlich erhöhten Stützungs-, Druck- und Raumbeanspruchungen einwand nicht mehr gewachsen ist.“

Derart, was ist das für eine Negererei und Droberei und Lächerlichkeit! Jedem Bergmann ist es klar, daß der schnelle Verfall oder, wie hier gesagt wird, der „schwermere“ Kohlenstoß dem Hangenden zuzugerechnet ist als der langsame Verfall. Sonst würde es jedoch das das durchgehende Hangende die feste Stütze des Bergvertriebes haben, es durchbricht, und daß die Bergemauer den Kohlenstoß nicht nachgeführt wird. Warum also so zaghaft? Warum so halbherzig, wenn die Lage an den besten ist? Das, was hier mit einer langatmigen Kissenhaft dargelegt wird, kann man mit wenigen Worten sagen: Schneller Verfall, mangelhafter Bergvertrieb! Einmal sagt das auch der Verfasser im nachfolgenden. Er verweist auf die großen Schwierigkeiten bei der Bergschaffung und dem Bergtransport. Nach langem Hin- und Herreden wird er sogar munter und sagt, daß sich der Bergemangel zum Teil jetzt schon nach langer Zeit der Konzentration und später mit großer Wahrscheinlichkeit recht fühlbar machen wird.

Im Bericht des Bergvertriebes Lünen hat man z. B. auf einer Größe Anfang dieses Jahres rund ein Dutzend Einsturzstellen festzustellen, angeblich infolge schlechter Lagerungsverhältnisse, tatsächlich aber wegen junger Darunterführung der Betriebskonzentration. Bei etwa 50 Meter hohen Abbaufeldern wurde als ein Schwammwühlwühl in ganzer Stöße herabgeschoben, und zwar in der Morgenstunde. Man hätte es nicht lassen dürfen, sondern sofort die Ursachen und die Notwendigkeit der Maßnahmen zu erörtern. Man hätte es nicht lassen dürfen, sondern sofort die Ursachen und die Notwendigkeit der Maßnahmen zu erörtern. Man hätte es nicht lassen dürfen, sondern sofort die Ursachen und die Notwendigkeit der Maßnahmen zu erörtern.

„Das ist die Betriebskonzentration“ der hiesigen Steile! Denn die Unfälle sind unter Berücksichtigung von Einsturzstellen und Schieferarbeiten auf einen ungenügenden mit einem

offenen Raum von 5 bis 6 Meter Breite zwischen Kohlenstoß und Bergemauer zu rechnen. Bei nicht ganz gutem Gebirge bedeutet das schon eine Gefahr und dürfte gar nicht erlaubt werden. Wird aber erst der Bergvertrieb vernachlässigt, dann schafft man eine Mordgrube.

Gegen eine Verbilligung der Produktion hat kein Mensch etwas einzuwenden. Parallel mit dieser muß aber der Unfallschutz laufen. Geschieht das nicht, so ist das ein sinnloser, kaltblütiger Raubbau an dem kostbarsten Gut der Nation, der menschlichen Arbeitskraft. Hier ist es nicht gefehlt, die „Bergw.-Ztg.“ hat es eingestanden, alle Welt weiß es. Was tat die Bergbehörde, um diese mörderische „Betriebskonzentration“ zu unterbinden? Wir werden noch bei anderen Gelegenheiten diese Frage mit allem Nachdruck stellen.

## Aus der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau.

### Stellungnahme der Arbeitskammer zum Kränzchenladen.

Aus dem in der Arbeitskammer von der Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) mündlich vorgetragenen und schriftlich erhärteten Material geht hervor, daß etwa ein Drittel der Bescheverwaltungen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau ein so hohes Beladen der Wagen anordnen, daß zu befürchten ist, daß dadurch die Unfälle erheblich vermehrt werden. Einerseits werden Hand- und Fingerquetschungen die Folge solcher Maßnahmen sein, andererseits bedingt das Überladen bis zu einem Fuß über den Wagenrand, daß eine Menge Kohlen von dem Wagen herunterfallen, wodurch die Kohlenstaubansammlung in den Strecken erheblich vermehrt wird. Die größere Anhäufung von Kohlenstaub in der Grube vermehrt aber die Gesundheitsgefahren, die dem Bergmann durch Einatmung von Staub drohen. Weiter wird dadurch neue Nahrung für die verheerend wirkenden Kohlenstaubexplosionen geschaffen. Auch ist mit Sicherheit anzunehmen, daß eine Überverteilung der Bergarbeiter bei der Überladung der Wagen über das Maß hinaus erfolgt. Dieses wird noch dadurch überboten, daß ganze Wagen ausgefüllt bzw. umgeladen werden, um die nach Ansicht der Bescheverwaltungen nicht voll genug beladenen Kohlenwagen aufzufüllen. Hieraus und aus der Tatsache, daß, wenn solche ungeschickliche Anordnungen nicht auf das i. h. Punkte folgt, Bestrafungen in Form von Geldstrafen und Abzug wegen Mindermaß angeordnet und durchgeführt werden, ergeben sich nicht nur zivilrechtliche Steigern und Arbeitern, sondern auch zwischen der Verwaltung der Besche und der Betriebsvertretung unnötige Zwistigkeiten, die ein gedeihliches Zusammenarbeiten beeinträchtigen müssen.

Hier kann nur rasches und energisches Eingreifen der Bergbehörde und Regierung Wandel schaffen. Die Bergbehörde kann, indem auf strikte und peinlichste genaue Einhaltung und Anwendung von gesetzlichen Bestimmungen geachtet wird, eingreifen.

Die Regierung wird ersucht, die Eichung der Wagen, die durch die Verordnung vom Februar 1923 aufgehoben ist, durch die Wiederinkraftsetzung des § 7 der Eichordnung wieder anzuerkennen.

Um allen Gefahren und Streitigkeiten, die auf diesem Gebiete liegen, zu begegnen, muß der Frage „Bezahlung nach Gewicht“ energisch nachgegangen werden. Die bisher dagegen gemachten Einwendungen dürften, soweit sie technischer Natur sind, durch die Entwicklung überhoben sein.

Etwaige finanzielle Schwierigkeiten sind bei dem Stand der heutigen Technik nicht einschlagend. Bei guter und verständlicher Sandabgabe dürfte eine günstigere Wirtschaftlichkeit der Betriebe damit erzielt werden.

### Vorschlag zu der Frage „Fahren in blinden Schächten und Bremsbergen bzw. Abhauen im steilen Einfallen“.

Nach amtlicher Mitteilung haben die Unfälle bei der Seilfahrt in blinden Schächten und Strecken im Einfallen betragen:

Jahr	bei gefalteter Führung am Seil	bei verbotener Führung am Seil	Zusammen
1924	66 (3)	99 (32)	165 (35)
1925	69 (8)	78 (26)	147 (34)

(Die eingeklammerten Zahlen bedeuten: „davon tödlich“.)

Die Zahl der tödlichen Unfälle zeigt, daß sie bei verbotener Seilfahrt besonders hoch ist. Die Praxis hat gelehrt, daß die unbeschränkte Benutzung der Seilfahrt in blinden Schächten trotz Verbot durch Bergpolizeiverordnung nicht zu verhindern ist und deshalb auch nicht den gewünschten Erfolg auf dem Gebiete der Unfallverhütung gebracht hat. Es ist deshalb erwünscht, daß in allen in Betrieb genommenen blinden Schächten und Bremsbergen bzw. Abhauen im steilen Einfallen, in denen eine Förderung am Seil stattfindet, die regelrechte Perimeterseilfahrt durch Bergpolizeiverordnung so weit wie möglich angeordnet wird. Weiter hält die Arbeitskammer es für zweckmäßig, daß das Überbargamt die Einführung der Seilfahrt in blinden Schächten n. j. dadurch fördert, daß eine Vereinfachung der Genehmigung für solche Seilfahrten gegeben wird.

Wir bitten das Oberbergamt, dem Wunsche der Arbeitskammer zu entsprechen.

### Vorschlag der Arbeitskammer zur Behebung der Gesundheitsgefahren durch Staubaufbau.

Der gesundheitschädliche Staubaufbau wirkt auf die inneren Organe, insbesondere die Lunge, so verheerend, daß Bergarbeiter, die längere Zeit Staubaufbau verrichten, an Atembeschwerden leiden, die frühzeitige Berufsunfähigkeit und Tod zur Folge haben. Diese Gefahren mit allen technischen Hilfsmitteln zu beseitigen ist vornehmste Aufgabe aller daran Interessierten. Als solche Hilfsmittel sieht die Arbeitskammer Staubaufbaueinrichtungen und Staubaustausch an. Die Staubaufbaueinrichtung, zu der Staubaustausch verwendet wird, der nicht solche nachteiligen Wirkungen hinterlassen soll, bringt dennoch erhebliche Beschwerden für die Atmungsorgane, deren Folgen noch nicht zu übersehen sind. Dieselben Beschwerden werden auch von Arbeitern erhoben in Tagebetrieben, in denen der Staubaufbau gemahnt wird. Hierauf aufmerksam zu machen hält sich die Arbeitskammer für verpflichtet. Geeignete Staubaustausch, die den Bergarbeitern von der Bescheverwaltung zu liefern waren, versprechen zum mindesten Erleichterungen. Andererseits wird eine dauernde Beobachtung durch periodische ärztliche Untersuchung für dringend erforderlich gehalten.

Das Oberbergamt wird deshalb gebeten, dieser Frage besondere Aufmerksamkeit zu schenken und tadellos bald die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Verständlich der Staatentwicklung durch Bohrgänge verweist die Arbeitskammer auf ihre Stellungnahme vom 21. März 1922.

### Entwurf einer Bergpolizeiverordnung betr. Aushub und Erzeugung bergpolizeilicher Vorschriften über Verriegelung, Sprengstoffe und Schieferarbeit.

Das Bergamt in Dortmund hat der Arbeitskammer für den Ruhrbergbau des Ruhrgebietes in Essen mit Schreiben vom 26. Juni 1925 — I 264 — vorstehenden Bergpolizeiverordnungsentwurf zur gütlichen Äußerung überreicht. Mit diesem Entwurf hat sich die Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer in mehreren Sitzungen eingehend beschäftigt und in der Plenarsitzung am 12. Oktober die nachfolgende Stellungnahme beschlossen. Die Arbeitergruppe hielt eine gütliche Äußerung hier in der Arbeitskammer nicht mehr für erforderlich, weil die Arbeitergruppe sich zu diesem Entwurf bereits in der Sitzung II der Knappschaftsberufsgenossenschaft in Bochum gütlich geäußert hat.

Der vom Oberbergamt zur Stellungnahme zugestellte Entwurf vom 26. Juni 1925 wurde eingehend beraten. Die Arbeitnehmergruppe (Arbeiter und Angestellte) der Arbeitskammer vertritt die Ansicht, daß die im Entwurf enthaltenen Änderungen und Ergänzungen, die von dem Vertriebe getroffen sind, die Sicherheit im Bergbau zu fördern, dringend notwendig sind.

Die Arbeitskammer erlaubt sich jedoch, noch folgende Vorschläge zu machen:

1. Das im § 162 Abs. 2 bezeichnete Mindestalter solcher mit der Bezeichnung zu betreuenden Personen bildet keine aus-

reichende Gewähr für die korrekte Durchführung ihrer verantwortlichen Dienstobliegenheiten, weil die Gefährlichkeit des Kohlenstaubes und dessen eventuellen Auswirkungen neben einem großen Verantwortlichkeitsgefühl auch noch ein notwendige Erkenntnis und Umsicht bedingt. Es wird vorgeschlagen, nur solche Personen mit dieser Tätigkeit zu betrauen, die im Besitze eines Hauereischeines sind.

2. Zu § 163 wird vorgeschlagen, daß die zur Befugnis verpflichteten Personen (Schiefermeister) in einem befördernden von der Bergbehörde vorgeschriebenen Buch täglich Eintragungen über ihre Tätigkeit machen.

3. Der im § 163a vorgesehene Übergang von der Verriegelung zum Seilfahrtaubetrieb darf nur im Einvernehmen mit der Betriebsvertretung durch den Revierbeamten gestiftet werden.

Die Arbeitskammer glaubt, über diesen Entwurf hinaus darf auf Hinzufügen zu müssen, daß die Befolgung der bergpolizeilichen Vorschriften einerseits von der Lieferung der erforderlichen Materialien zum Verbanen, andererseits von der sachgemäßen Regelung der Gebirge beeinflusst wird. Deshalb wird hinsichtlich der zu liefernden Materialien, wie es im § 30 der Bergpolizeiverordnung vom 1. Januar 1911 vorgeschrieben ist, gewünscht, daß bezüglich der „geeigneten Stelle“, an der das zum Verbanen erforderliche Material zur Verfügung stehen soll, eine präzisere Formulierung gewünscht wird. Bezüglich der sachgemäßen Gebirge- und Erhebung darüber zweckmäßig sein, inwieweit ein Zusammenhang zwischen den Unfällen und der Gebirge- und Erhebung besteht. Hierbei wird auf die Stellungnahme der Arbeitskammer zu den Sicherheitsfragen im Bergbau vom 30. März 1925 verwiesen.

## Volkswirtschaftliche Rundschau.

### Ausfuhrüberschub im September.

Die deutsche Handelsbilanz ist wieder aktiv. Die reine Wareneinfuhr im September weist gegenüber dem Vormonat eine Zunahme von 96 Millionen Mark auf. Dieser Rückgang ist hauptsächlich auf die verminderte Einfuhr von Lebensmitteln und Getreide zurückzuführen. Die Einfuhr von Rohstoffen und halbfertigen Waren ist dagegen um 18 Mill. Mk. gestiegen, die Fertigenwareneinfuhr erhöhte sich um 11 Mill. Mk. Bei der Ausfuhr erfuhr die Warengruppe „Rohstoff und halbfertige Waren“ eine Senkung um 11 Mill. Mk., während die Ausfuhr der Fertigwarenprodukte um 11 Mill. Mk. zunahm. An der Zunahme waren besonders beteiligt: Textilfertigenware, ferner Walzwerkzeugnisse und Eisenwaren. Die Handelsbilanz im September zeigt ein gutes Gesicht. Die deutsche Rohstoffversorgung ist seit Mai ununterbrochen gestiegen, und zwar von 324 auf 438 Mill. Mk. Da Außenhandelsvolumen, Waren-Einfuhr und -Ausfuhr zusammen jetzt seit Juni d. J. eine sichtbare Vergrößerung, während im Juni die Summe der Einfuhr und Ausfuhr 1557 Mill. Mk. betrug, liegt sie im September auf 1659 Mill. Mk. Zu der günstigen Gestaltung der deutschen Handelsbilanz wird die Disorganisation der englischen Wirtschaft infolge des Bergarbeiterstreiks beigetragen haben. Aber auch ohne dies kann eine Verbesserung derselben seit Monaten beobachtet werden.

## Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

### Zur gewerkschaftlichen Berichterstattung über 1925.

Die gewerkschaftlichen Organisationen, Spitzenverbände, die einzelnen Verbände wie auch die größeren Ortsausschüsse, haben in den letzten Monaten ihre Berichte über das Verwaltungsjahr 1925 der Öffentlichkeit zur Kenntnis und evtl. Kritik unterbreitet. Aus der Gesamtberichterstattung geht hervor, daß das Jahr 1925 trotz der im letzten Drittel des Jahres einsetzenden wirtschaftlichen Krise ein Jahr der Stabilisierung, Reorganisation und der allgemeinen Gesundung war. Die Mitgliederverluste, die mit der Wirtschaftskrise verbunden waren, stoppten Ende 1924 und im Anfang des Berichtsjahres merklich ab. Mitgliederzunahme, wenn auch teilweise nur in bescheidenem Maße, war fast bei allen Verbänden zu verzeichnen. Mit den Mitgliederzahlen stiegen natürlich die Einnahmen, allerdings wurden die höheren Einnahmen zum großen Teile durch die Unterstützungen der Erwerbslosen wieder abjorbiert. Die wirklich großen Ausgaben für die Erwerbslosen fallen aber erst in das Jahr 1926. Eines der erfreulichsten Kapitel ist das gewerkschaftliche Bildungs- und Erziehungswesen. Es hat im Jahre 1925 große Fortschritte gemacht und Antriebe erhalten, die im Jahre 1926 sich dann entsprechend auswirken. Neben den bekannten Instituten, die den Gewerkschaften zur Verfügung stehen, haben auch einzelne Verbände Hervorragendes geleistet. Der Metallarbeiterverband hat das ganze Jahr hindurch seine Kurse abgehalten und inzwischen seine Bildungsarbeit durch Einrichtung eines Heims in Bad Dürrenberg erheblich vervollkommen. Der Fabrikarbeiterverband hat in achtstägigen Unterrichtskursen mehrere hundert ehrenamtliche Funktionäre geschult und bereitet für den Winter 1926 die Schulung angeleiteter Funktionäre vor. Der auf dem Bildungsgebiete seit jeher rührige Gemeindefortschrittverband hat in diesem Jahre die Errichtung eines eigenen Bildungsbezirks beim Hauptortland. Das Bildungssekretariat hat inzwischen seine Tätigkeit aufgenommen und arbeitet zu aller Zufriedenheit. Am Bildungsweesen haben aber auch namentlich die größeren Ortsausschüsse lebhaften Anteil. Erfreulich ist auch, aus den Jahresberichten festzustellen, daß die einzelnen Gewerkschaftsverbände immer mehr in das gesamte Wirtschaftsgeschehen einzudringen suchen. Die größeren leistungsfähigen Verbände gehen mehr und mehr dazu über, sich volkswirtschaftliche Abteilungen anzuschließen, teils um Mitglieder und Funktionäre in wirtschaftlichen Dingen zu schulen, teils zu allgemeinen gewerkschaftlichen Zwecken die Wirtschaft und ihr Auf und Ab zu beobachten. Es wird zwar auf diesem Gebiet noch viel experimentiert, aber die gemachten Fortschritte sind doch unverkennbar. Immer mehr wachsen die Gewerkschaften in ihre Rolle als Wirtschaftsfaktor hinein. Der im Berichtsjahre stattgefundene Gewerkschaftskongress mit seinen großen Referaten über „Gewerkschaft und Wirtschaft“ und über „Wirtschaftsdemokratie“ dürfte nach dieser Richtung neue frische Impulse ausgelöst haben. So erscheinen auch die Jahresberichte der größeren Verbände mit eingehenden Berichten über die Lage ihrer Industrien in nationaler wie internationaler Beziehung und zeigen weiter, daß man den Ansprüchen des vereinigten Gewerkschaftskampfes, der in Index- und Konjunkturbeobachtungen, in Beobachtungen der Preisbildungen, der Rohstoffherzeugung und ähnlichem besteht, in steigendem Maße Rechnung zu tragen gewillt ist.

Die Jahresberichte zeigen auch, wie sehr die Arbeiterkämpfe und ihr Resultat von der wirtschaftlichen Gesamtlage abhängig sind. In der ersten Hälfte des Berichtsjahres waren die Kämpfe, auch die offenen, noch reichlich, um aber dann gegen Ende des Jahres, als die Wirtschaftskrise sich mehr und mehr bemerkbar machte, in Zahl und Umfang nachzulassen. Diese Tendenz im Arbeitskämpfe herrschte auch für 1926 vor. In 1926 herrschte denn auch mehr der Abwehrkampf, d. h. Kämpfe um Verhinderung von errungenen Positionen abzunehmen. Diese Abwehrkämpfe konnten im allgemeinen mit Erfolg geführt werden.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

### Der Konsumverein als Preisregulator.

Die Badermeisterei für den Oberamtsbezirk Leonberg hat einem Beschlusse des württembergischen Baderinnungsverbandes auf Brotpreisausschlag nicht entsprochen, obwohl die auch zur Leonberger Baderinnung gehörigen Badermeister in Konntal zum Beschlusse nachtraten. Die Unterjochlichkeit des Verhaltens der Leonberger und der Konntaler Innungsmeister darf man so ergründen: In Leonberg ist das gute Brot des Konsumvereins Zufriedenheit zu haben, in Konntal nicht.

In Urach (Württemberg) setzten die Badermeister den Brotpreis herauf, der Konsumverein dortselbst tat das nicht, mit dem Ergebnis, daß der Brotpreis der Bader wieder herabgesetzt wurde. Ein gleiches geschah in Schwüngen, weil auch dort der Konsumverein die Brotveruerung nicht mitmachte.

Zwei besonders beachtenswerte Beispiele für die Leistungen der Volksfürsorge.

Der Kraftfahrer Adolf K. in Deynhausen (Kreis Minden), geboren am 23. Dezember 1906, bei der Volksfürsorge versichert seit dem 1. März 1926 mit einer Versicherungssumme von 2866 Mkt. (Monatsprämie 6 Mkt.), wurde am 9. Juli 1926 von dem Umhängewagen eines Lastautos überfahren und getötet. Obgleich die Versicherung nur kurze Zeit bestanden hatte und erst 30 Mkt. als Prämie gezahlt waren, erhielt die Mutter des Verstorbenen die doppelte Versicherungssumme, 5668,60 Mkt., ausgezahlt.

Der Arbeiter Friedrich Schl. in Mendaburg, geboren am 28. September 1902, bei der Volksfürsorge versichert seit dem 1. April 1926 mit einer Versicherungssumme von 2230 Mkt. (5 Mkt. Monatsprämie), erkrankte am 15. Juli 1926 beim Baden. Auch in diesem Falle zahlte die Volksfürsorge an die Hinterbliebenen die doppelte Versicherungssumme von 4414,10 Mkt. aus, obgleich an Prämien erst 15 Mkt. eingezahlt waren.

Die Volksfürsorge gewährt ihren Versicherten beim Tode durch Unfall ohne jede Wartezeit in allen Fällen die doppelte Versicherungssumme, sofern eine Prämie von mindestens 2 Mkt. monatlich entrichtet wird. Weitere Auskünfte erteilen die Rechnungsstellen und der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5.



Aus dem Kreise der Kameraden

Teure Kartoffeln!

Wie uns von überallher gemeldet wird, ist auf dem Kartoffelmarkt eine ganz auffallende Preissteigerung eingetreten. Da die Ernte bereits hinter uns liegt, ist diese Bewegung durch den Ausfall der Erntemenge nicht erklärlich. Wohl soll diese Ernte geringer sein wie die letztjährige, was aber nicht so erheblich sein dürfte, um eine außergewöhnliche Preissteigerung zu rechtfertigen. Entweder handelt es sich also hier um Händlerpekulationen oder sonstige Zufallsmomente, die von gewissenhaften Leuten ausgenutzt werden, ohne sich um die volkswirtschaftlichen Schäden infolge ihres Handelns zu kümmern.

Die Ursache wird vielfach darin gesucht, daß wegen des Regens bei der Ernte kein großer direkter Versand vorgenommen werden konnte. Da es aber jetzt höchste Zeit zum Einfeuern ist, würden die Verkäufer aus der großen Nachfrage, die die notwendige Einkufelung auslöste, ungerechtfertigte Gewinne heraus schlagen. Hier wird es Zeit, daß die Behörde solchen volkswirtschaftlich schädlichen, gerade die Lohnarbeiter so hart treffenden Treiben beizeiten zu Leibe rückt.

Allgemein betrachtet aber taucht die Frage auf, ob nicht vielleicht durch die Verbraucher selbst mit dazu beigetragen werden könnte, um einer gewinnwütigen Ausbeute der gesteigerten Nachfrage nach Kartoffeln im Herbst vorzubeugen. Die Erfahrung hat gelehrt, daß der Kartoffelpreis im Frühjahr oft erheblich unter den Herbstpreisen lag. Nämlich wäre es also, im Herbst nur den notwendigen Bedarf einzufeuern, um eine unliebsame Auswirkung des Frostes zu vermeiden. Im übrigen aber sollte man den Kartoffelbedarf möglichst durch für kürzere Perioden bemessene Einkäufe decken. Könnte dieses möglich sein, dann müßte sich das in einem ausgeglicheneren normalen Preisstande auswirken.

Zum Weederwerther Kampf.

Wer in letzter Zeit die kommunistische Presse des Inlandes und zum Teil sogar die des Auslandes verfolgt hat, wird öfter auf den Kampf der Betriebsräte von Weederwerth gestoßen sein. Berechtigter wäre es, K r a m p f zu sagen, denn er bedeutet weiter nichts als einen kampfhaften Versuch der R.D., den englischen Bergarbeiterstreik auf das Ruhrgebiet unter der Führung der R.D. zu übertragen. Schreiber dieser Zeilen ist selbst Betriebsratsmitglied auf Weederwerth und will versuchen, die Dinge auf ihr richtiges Maß zurückzuführen. Daß es bisher nicht gelungen ist, ergab sich aus Gründen, die für jeden kundigen Thebaner sich aus dem Betriebsgesetz ergeben. Nun sind aber die Wurzeln gefallen, der Arbeitgeber hat beim Arbeitsgericht die Amtsenthebung des Betriebsrats beantragt wegen größtenteils Verletzung seiner Pflichten. Ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten.

Wie liegen nun die Dinge? Der Betriebsrat der Schachtanlage Weederwerth umfaßt vierzehn Mitglieder. In der fraglichen Sitzung waren von diesen vierzehn Mann nur neun anwesend. Mit fünf gegen drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung wurde eine Resolution angenommen, die als Weederwerther Kampf bekannt geworden ist. Bei vollständiger Anwesenheit der Betriebsräte wäre eine Annahme einer solchen Resolution ausgeschlossen gewesen. Es ist einfach absurd, auf Grund einer Zufallsmehrheit in der Defektheit den Glaubens erwecken zu wollen, daß die gesamten Betriebsräte von Weederwerth und mit ihnen die Belegschaft die Auffassung der R.D. teilen. Mit welchem Papieraufwand suchte die kommunistische Presse die Weederwerther Betriebsräte als Selben hinzustellen und ein entsprechendes Echo in der Arbeitererschaft zu erwecken! Unterjochen wir kurz den Erfolg.

Man müßte eigentlich meinen, daß im Wirkungskreise der Weederwerther Betriebsräte, nach dem Amtsantritt der R.D.-Presse zu urteilen, bestimmt die ganze Belegschaft hinter ihren Betriebsräten stände. Gerade das Gegenteil ist richtig. Dazu als Beweis nur eins: Am 10. Oktober fand eine Belegschaftsversammlung für Weederwerth statt. Der Kampftrief war der Belegschaft auf alle mögliche Art und Weise bekannt geworden. Zeitungen, Flugblätter usw. wurden dazu massenhaft verwandt. Ein Auslandsdelegierter sollte die Versammlung interessant gestalten, alle Vorbereitungen waren auf das Beste getroffen. Es war zu erwarten, daß kein Saal in Weederwerth groß genug war, um die hereinströmende Arbeitererschaft zu fassen.

Aber wach bösen Reinfall erlebten unsere Freunde von links! Von einer Belegschaft mit 1850 Mann erschienen sage und schreibe 55 Mann. Dieses kleine Häuflein sagte allerdings gegen eine Stimme den Beschluß, der sinngemäß daselbe wie der Kampftrief lautete. Was diese Kameraden sich eigentlich bei der Beschlußfassung gedacht haben, das wissen die Götter. Unsere Freunde von der R.D. leben noch immer in dem schönen Wahn, daß man auch ohne Gemerkschaften einen Kampf führen kann. Es scheint ihnen unmöglich, zu begreifen, daß zum Führen eines internationalen Bergarbeiterstreiks zumindest drei Dinge gehören: einheitliche Kampfparolen, einheitliche Führung und ein aktives, zum Kampf entschlossenes Proletariat.

Wie sieht es damit aus? Um einheitliche Kampfparolen brauchte man ja schließlich nicht verlegen zu sein, die wären leicht in jeder Quantität und — beinahe hätte ich Qualität geschrieben! — von der kommunistischen Presse zu bekommen. Auch einheitliche Führung ließe sich schaffen, aber der dritte Punkt, das kampfschlüssige Proletariat, damit hapert es. Es sei in diesem Zusammenhang nur auf die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter verwiesen, deren Ergebnis man durchaus nicht gut nennen kann, auf das Verfahren von Ueberlichten, auf den mangelhaften Versammlungsbesuch und vieles andere mehr. Unsere kommunistischen Kameraden scheinen mit Blindheit geschlagen zu sein, daß sie dies alles nicht sehen.

Noch eins zu dem Echo, welches der Kampftrief in der Arbeitererschaft hervorgerufen hat. Eine ganze Anzahl der Betriebsräte, Zohlführer und Belegschaften scheinen aus dem Kampftrief herein gefallen zu sein. Zum Teil haben sie dem Kampftrief ähnliche Resolutionen verfaßt, zum anderen Teil ihn unterstrichen. Wie kommen nun solche Resolutionen zustande? Man muß es den Kommunisten lassen, sie verstehen es, den Saden zu werfen. Zunächst werden einige Wandwurmredner vorgeführt, die den Wocheninhalt der R.D.-Zeitung wiedergeben müssen. Das wird den Zuhörern natürlich zu viel, sie verlassen den Saal und überlassen das Feld den oppositionellen Kameraden, die gewöhnlich über besseres Sitfleisch und stärkere Nerven verfügen. Zum Schluß ist es schließlich ein großer Aufmachung in der R.D.-Presse annehmen. Diese Kampftriefmethode ist nicht fair, führt auf die Dauer

zu schlecht besuchten Versammlungen und schwächt somit das Verbandsleben. Öffentlich besetzen sich die Kameraden der Opposition auch einmal diese Reihen der Medaille und stellen auch dementsprechend ihr Handeln ein.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Der Arbeitsmarkt im Ruhrgebiet.

Die Arbeitsmarktlage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau zeitigte auch in der Berichtswochen das nun schon in den letzten Monaten gewohnte Bild: ständige Besserung infolge Einstellung von bergmännischen Arbeitskräften im ganzen Ruhrkohlenbergbau, allerdings in der Hauptsache nur von gelehrten Arbeitern unter Tage. Da in einzelnen Bezirken der Bedarf an hiesigen Kräften bereits örtlich nicht mehr gedeckt werden konnte, hat der zentralörtliche Arbeitsmarktausschuss in verstärktem Maße eingegriffen. Dagegen ist die Vermittlung nach Bergbaubezirken außerhalb des Ruhrgebiets, also die zwischenbetriebliche Vermittlung, eingeschränkt worden. Sie wird nur insofern fortgesetzt, als es sich um die Umstellung von Verheirateten handelt, denen neben den neuen Arbeitsstellen Familienwohnungen gegeben werden können. Leider erschwert das Fehlen von freien Wohnungen im Ruhrgebiet selbst die zwischenbetriebliche Vermittlung von Verheirateten, da bei zu weiter Entfernung zwischen altem Wohn- und neuem Beschäftigungsort eine Trennung der Familie erforderlich wird.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Vorstandssitzung der Niederrheinischen Knappschaft.

Aus der Vorstandssitzung bringen wir nachstehend die für die Versicherten wichtigsten Beschlüsse:

Zu Punkt 3 wurde beschlossen, Aelteste, die als Invaliden Mitglied der Krankenkasse sein müssen, in der niedrigsten Lohnklasse zu versichern.

Zu Punkt 4 erklärt sich der Vorstand damit einverstanden, daß für unfallverletzte Mitglieder und deren Hinterbliebenen, die nicht unter die Bestimmungen des R.G. fallen, die Pensionen nach den Mindestsätzen der Lohnstufe VI umgerechnet werden. Es erhalten demgemäß monatlich: die Invaliden 17 Mkt., die Witwen 10,20 Mkt., jede Witwe 3,40 Mkt., und zwar ab 1. Juni 1926. Die Bestimmungen der §§ 106 bis 108 der Satzung des R.G. bleiben jedoch unberührt.

Zu Punkt 5 wurde die Neuberechnung der Lohnstufen für den Bezug von Krankengeld beschlossen. Nach dem bisherigen Verfahren haben sich Unzutraglichkeiten ergeben, die für die Dauer nicht tragbar waren und auf die Steigerung der Krankenziffer sich in unliebsamer Weise bemerkbar machten. Für die Zukunft bleibt das Verfahren von Ueberlichten auf die Festlegung der Lohnstufe ohne Einfluß — ein Beschluß, dem vernünftige Arbeiter durchaus zustimmen können.

Weiter wurde beschlossen, auch in der Pensionstasse die Erhebung der Beiträge prozentual zu gestalten, da sich bei der bisherigen Uebung Unzutraglichkeiten ergaben. Mit Rücksicht auf noch vorhandene Reserven beträgt für die Zukunft der Beitrag: in der Pensionstasse 5,7 Proz., in der Krankenkasse 4,5 Proz., in der Invalidenversicherung 1,6 Proz., für die Erwerbslosen 1,05 Proz., insgesamt 13,3 Proz., vom wirklich verdienten Arbeitslohn. Für nicht mit wesentlich bergmännischen Arbeiten Beschäftigte ermäßigt sich der Beitrag auf 12,3 Prozent insgesamt. Damit bewegen sich die Beiträge bei der Niederrheinischen Knappschaft im Durchschnitt um 2,4 bzw. 1,2 Proz. unter den Beiträgen der Ruhrknappschaft. Die Verwaltung erhält Vollmacht, die obigen Sätze zu ermäßigen, falls sich höhere Einnahmen als nach dem bisherigen Verfahren ergeben sollten.

Der Lungensfürsorgestelle Rheinhausen wird beizutreten beschlossen mit einem Jahresbeitrag von 10 Pf. pro Kopf für die im Bezirk der Fürsorge wohnenden Mitglieder.

Zum nächsten Punkt wurde von der Verwaltung mitgeteilt, daß nach einem Beschluß des gemäß § 244 R.G. eingeleiteten Ausschusses die Leistungen der Pensionstasse nach der 6. Lohnstufe wie bisher berechnet werden.

Beim nächsten Punkt schlug der Geschäftsausschuss für Angestellte eine anderweitige Regelung bei Berechnung des Wertes der Sachbezüge vor. In Zukunft werden also die tatsächlichen Bezüge des einzelnen Angestellten für die Einstufung in die Gehaltsklasse maßgebend sein.

Zu Punkt 12 wird einstimmig beschlossen, den Invaliden, die in der Zeit vom 1. Januar 1924 bis einschließlich 30. Juni 1926 invalidiert wurden, Anspruch auf Freizug und Arznei zu gewähren. Bisher bestand dieser Anspruch nicht und ist durch diesen Beschluß eine zweifelslos bestehende unbillige Härte beseitigt worden.

Weiter wurde beschlossen, Familienhilfe auch solchen Mitgliedern zu gewähren, die noch keine drei Monate Mitglied der Krankenkasse sind, aber vor Arbeitsaufnahme erwerbslos waren. Die übrigen Punkte fanden ihre geschäftsordnungsmäßige Erledigung und sind für die Allgemeinheit von minderer Bedeutung.

Sachsen, Brandenburg und Thüringen.

Funktionärkonferenz für den Bezirk Zelt.

Am 21. Oktober tagte im Stadthaus zu Meuselwitz eine Funktionärkonferenz unseres Verbandes für den Bezirk Zelt, die sich mit den Lohnverhältnissen und mit der Werbetätigkeit befaßte. Nachdem die Konferenz vom Kameraden Gräfe eröffnet wurde, nahm Kamerad Weidart das Wort zur Berichterstattung über die stattgefundenen Lohnverhandlungen. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Unternehmer des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues wie üblich nicht in der Lage sind, die Löhne zu erhöhen. Wie immer, müßte auch jetzt die „schlechte wirtschaftliche Lage“ des Braunkohlenbergbaues herhalten, trotzdem die Geschäftsberichte der übergroßen Zahl der Braunkohlengesellschaften den Nachweis erbringen, daß zum Teil sehr wesentliche Dividenden im letzten Geschäftsjahr ausgeworfen worden sind. Die Arbeitgeber des Braunkohlenbergbaues haben erneut den Nachweis erbracht, daß ihnen jedes menschliche und soziale Verständnis für die schwer schuftenden Bergarbeiter abgeht.

Auch in der Frage der Arbeitszeit ist eine Veränderung dringend notwendig. Es ist für die Dauer ein unerträglicher Zustand, wenn die im Bergbau Beschäftigten eine zwölfstündige Schichtzeit leisten müssen, zu welcher bei einem großen Teil der Bergarbeiter noch zwei und mehr Begegnungen hinzukommen. Auch hier lassen die Unternehmer jedes Entgegenkommen vermissen. Immer wieder muß darauf hingewiesen werden, daß eine Veränderung in den Lohn- und Arbeitsbedingungen zugunsten der Braunkohlenarbeiter nur herbeigeführt werden kann, wenn ihre Geschlossenheit wiederhergestellt wird. Es ist die heiligste Pflicht eines jeden Beschäftigten, sich seiner Berufsorganisation anzuschließen, um zu seinem Teil zur allgemeinen Besserung der wirtschaftlichen Lage der Bergarbeiter beizutragen.

Kamerad Weidart gab am Schluß seiner Ausführungen noch das Ergebnis der Werbewoche bekannt, die einen Zuwachs von 230 Mitgliedern zeitigte. Dieser Erfolg reicht aber noch nicht aus, um das gesteckte Ziel zu erreichen, so daß wir in der Werbetätigkeit nicht ruhen und rasten dürfen, bis der letzte Mann der Organisation zugeführt ist.

In die Ausführungen schloß sich eine rege und lebhaft Debatten an, die ihren Niederschlag in folgender Entschließung fand:

Die am 24. Oktober im Stadthaus zu Meuselwitz tagende Funktionärkonferenz des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Bezirk Zelt, nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem abnehmenden Standpunkt der Unternehmer in der Lohnfrage, der jedes menschliche und soziale Verständnis vermissen läßt und als eine Verhöhnung der Bergarbeiter zu betrachten ist. Die Konferenz fordert die Bezirks- bzw. die Verbandssleitung auf, keine Mittel unternimmt zu lassen, damit die Bergarbeiter die notwendige Lohnverhöhung, die sie dringend zur Besserung ihrer Lebenshaltung gebrauchen, erhalten.

Weiter fordert die Konferenz die Kündigung des Schiedsspruches über die Arbeitszeit. Die zwölfstündige Schichtzeit, unter der heute die meisten Bergarbeiter fronen müssen, wird auf die Dauer untragbar, da sie nicht nur die überlänglichen sowie geringen Kräfte der Bergarbeiter zerrütet, sondern auch das Familienleben zernichtet. Bewußt dessen, daß der Kampf um

Verkürzung der Arbeitszeit ein schwerer ist, fordert sie alle dem Verbands noch fernstehenden Bergarbeiter auf, ihrer Pflicht als Klassenkämpfer nachzukommen und dem Verbands beizutreten.

Diese Entschließung wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, vom 1. bis 15. November eine Bücherkontrolle in den Betrieben zu veranstalten, wurde einstimmig angenommen.

Dann erstattete Kamerad Gräfe einen kurzen Bericht über die Sammelstätigkeit im Bezirk zur Unterstützung der englischen Kameraden. Seine Ausführungen gipfelten in der Ermahnung, in der Sammelstätigkeit nicht zu erlahmen, da aller Voraussicht nach der Kampf in seine letzte Phase eingetreten sei.

Der aus der Konferenz gestellte Antrag an die Bezirksleitung, eine Konferenz der Betriebsräte einzuberufen, in welcher der Bericht eines Auslandsdelegierten entgegengenommen werden sollte, wurde mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Die zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter vorgenommene Sammlung ergab den Betrag von 68,50 Mkt.

Nach einem Schlußwort des Kameraden Gräfe, mit neuen Kräften an die Werbetätigkeit heranzugehen, wurde die Konferenz geschlossen.

Fanatismus gegen den Betriebsrat.

Trotzdem im Betriebsrätegesetz (§ 84 Ziffer 1) und in der Verfassung (Artikel 159) die gewerkschaftliche Betätigung gewährleistet ist, wird mit den schärfsten Mitteln gegen die Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre seitens der Werksleitungen und ihrer Knechte gewütet. Seit Jahr und Tag sind im Geiste viele Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaften gemahregelt worden, die man auch in Zeiten des Arbeitermangels wie die Welt verfolgte und nicht wieder einstellte. Streikfälle werden von langer Hand vorbereitet und von den Unternehmerkreisen provoziert, um unter allen Umständen den tätigen Verbändler loszuwerden.

Auf der Grube Elisabeth wurde der Verbandsfunktionär Lampe kritlos entlassen, weil er es gewagt hatte, nach der Arbeitszeit in der Waschküche für die englischen Kameraden zu sammeln. In einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss in Weihenfeld erzielte der Bergarbeiterverband ein obliegenendes Urteil, das dem Kameraden Lampe im Falle der Nichtwieder-einstellung 500 Mkt. Entschädigung zusprach. In der Urteilsbegründung wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß Lampes Entlassung ein ganz außergewöhnlicher Fall von unbilliger Härte sei, weil, wie der Vorsitzende des Betriebsrats, Penning, beschworen hatte, auf der Grube Elisabeth schon immer Geldsammlungen und Beitragsaufhebungen durch die Gewerkschaften im Weissen der Vorgesehen vorgenommen wurden. Um dem Kameraden Lampe die Entschädigung von 500 Mkt. herauszuholen, mußte der Bergarbeiterverband das Zwangs- und Währungsverfahren einleiten. Vom Gerichtsvollzieher wurden zwei Kassenhändler gepfändet. Man ließ erst den Versteigerungstermin herankommen, ehe man die 500 Mkt. herausrückte.

Wer nun aber glaubt, daß die Sache damit erledigt gewesen sei, der kennt die fanatische Brut des Unternehmerrindens Dr. Muffet (Halle) nicht. Weil einige Schmarotzer, Angestellte der Grube Elisabeth, nie gesehen haben wollten, daß auf diesem Wege Geldsammlungen seitens des Verbandes vorgenommen worden seien, beantragte der im Geiste alle berückichtigte Dr. Muffet ein Weineidsverfahren gegen den Vorsitzenden des Betriebsrats Penning. Seitens der Staatsanwaltschaft wurde die Unternehmung eingeleitet und sehr emsig betrieben. Es fanden sehr viele Verhöre statt. Der Delinquent Penning wurde durch den Landjäger von seiner Arbeitsstelle in der Grube geholt, durch die ganze Grube zum Bureau geführt (genau wie unter dem Sozialistengesetz) und dort zum soundsovielten Male vernommen. Schließlich endete die große Aktion mit einer Einstellung des Verfahrens und unser Dr. Muffet hatte sich wieder einmal vergeblich bemüht und war wieder einmal von seinen Getreuen schwer belogen worden.

Gegen den Assessor Mertens hat der Bergarbeiterverband seit Monaten einen begründeten Strafantrag gestellt, aber bis heute haben wir von einer Einleitung des Verfahrens nichts gehört. Der wegen seinem außerordentlichen Mut in den Drangjahren 1918-21 uns sehr gut bekannte Assessor ist nach der Laufbahn als Bergmeister verheiratet worden. Wir nehmen an, daß man nun glaubt, die Sache sei abgetan.

Mit Ausnahme des Weineidsverfahrens gegen den Betriebsrat ist der geschilderte Fall einer von den vielen, wie sie sich seit Jahren und noch täglich im Geiste abspielen. Wir können den Bergarbeitern dieses Unternehmerrindens nur zurufen: Rettet euch vor dem Fanatismus des Kapitals und seiner Trabanten in die Reihen des Bergarbeiterverbandes!

Zur Lohnbewegung im Braunkohlenbergbau.

Glänzende Bilanzen / Hungerlöhne der Bergarbeiter!

Bei den kürzlich stattgefundenen Lohnverhandlungen erklärte der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes und Generaldirektor der „Bubiag“, Herr Büren, die Braunkohlenindustrie befände sich in den wirtschaftlich denkbar größten Schwierigkeiten und die Zukunft sei sehr grau und höchst unsicher. Eine Lohnverhöhung sei daher völlig unmöglich.

Zu dem eben erschienenen Bericht des letzten Geschäftsjahres der „Bubiag“ erklärt deren Geschäftsführung, daß ein erhöhter Reingewinn von 2,29 Mill. Mkt. zu verzeichnen sei. Im Gegensatz zum vorhergehenden Geschäftsjahr seien die Abschreibungen von 1,75 auf 2,25 Mill. Mkt. erhöht worden. Sie erklärt weiter, daß die Wertguthaben sich von 0,76 auf 1,77 Mill. Mkt. und die Wertpapiere von 3,17 auf 3,73 Mill. Mkt. erhöht haben. Und dieselbe Geschäftsführung, deren Führer bei den Lohnverhandlungen mit gekünstelter Entrüstung rief: „So gibt es denn Werte, die eine angemessene Dividende zahlen können?“ — erklärt in ihrem Geschäftsbericht, daß die Gewinne des Konzerns die Ausschüttung einer Dividende von 10 Prozent gestatten.

Das hinderte aber Herrn Büren nicht, bei den Lohnverhandlungen zu erklären: „Wenn es der Braunkohlenindustrie gut ginge, würden wir den Aktionären gern bessere Dividenden zahlen, damit sie auch einmal etwas bekommen. Weiter meinte damals Herr Büren, daß nur mit Gottes Hilfe der Segen eines kalten Winters die Werksstätten beruhen und die Gewinne erhöhen könne, sonst aber lauffe Zeiten seien. In ihrem Geschäftsbericht aber jagt die „Bubiag“ ihren Aktionären: „Die Bilanz weist ein glänzendes Bild auf.“ Wenn nun auf Grund der sehr annehmbaren Dividende und der glänzenden Bilanz die Kurse der Braunkohlenpapiere steigen, wundern sich der bei Lohnverhandlungen scheinbar börsenunkundige Herr Büren über diese „erstaunlichen Vorgänge“. Als ob es ein besonderes Wunder wäre, daß sich die Börsenspekulanten ausgerechnet auf die guten Werte der Braunkohlenindustrie stützen! So Geld ist, sammeln sich die Geldgeber. Nach alledem wundern sich die Herren dann, wenn ihre offiziellen und inoffiziellen Erklärungen jedweder Art allorts auf starken Unglauben stoßen müssen.

Nachdem die „Bubiag“ nach ihrem Geschäftsbericht die Aktionäre ausreichend befriedigt hat und im übrigen niemand weiß, welche sonst noch Begebenheiten aus den unbefriedigbaren Abschreibungen zehren, hat sie zur Verhöhnung der Dividendenbesitzer auch an die Arbeiter gedacht. Börtlich heißt es im Geschäftsbericht: „Es wird bedauert, daß die Reichsregierung den Forderungen der Arbeitnehmer auf immer weitere Erhöhung der Lohn- und Sozialbezüge und auf Verkürzung der Arbeitszeit nicht mit der nötigen Energie entgegentritt.“ Also: den Direktoren hohe Gehälter, den Aktionären hohe Dividenden und der Arbeiter Lohnabzüge, Gerabsetzung aller Renten und Krankengeld und zum Überflus Verlängerung der Arbeitszeit!

Da die Kraft der von den Herren gezielten gelben Werksvereine nicht ausreicht, die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zunichte zu machen, fordern die Industriellen die Reichsregierung auf, niedrige Löhne und lange Arbeitszeit mit den Mitteln der Staatsgewalt zu erzwingen. So sieht das wahre Gesicht der Oberschaffmacher im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau aus! Öffentlich merkt man in Berlin, welchen sauberen Plänen das Reichsarbeitsministerium dienbar gemacht werden soll. Öffentlich begreifen endlich aber auch die unorganisierten Bergarbeiter, daß ihnen Hilfe nur durch ihre Mitgliedschaft im Bergarbeiterverband werden kann.

# Der Jungtamerad

## Junge Arbeiter.

„Junge Arbeiter werden gesucht!“ —  
 Ich las es in den Reklamespalten;  
 Habe nachdenklich innegehalten  
 Und — mit Verlaub zu sagen — geflücht.  
 Daß um des nackten Daseins willen  
 Jungfrische Kraft dem Joch sich beugt,  
 Daß ihn dürftiges Hungerstillen  
 Blinzelndes Gold — dem andern erzeugt!  
 Aufgeschaut, junges Volk! Allerenden  
 Regt es sich, leitet sich ein Verband  
 Fest von jungen, schweißigen Händen,  
 Schallt ein wehender Ruf übers Land:  
 „Tretet herzu! Tut mit am Werke!“  
 Eurer Jugend frohen Mut  
 Brauchen wir, eure vereinte Stärke,  
 Eurer Hoffnung leuchtende Glut!  
 Daß eurer Arbeit eigensten Segen  
 Nie eines Fremden hier mehr bucht —  
 Helfende Kräfte auf allen Wegen,  
 „Junge Arbeiter werden gesucht!“

Hammersdorf.

## Jugendschutz.

Auf dem Ersten Weltkongress für Kindererschutz in Genf wurde im Sept. 1924 die sogenannte Genfer Erklärung angenommen, in der die Mitgliederstaaten des Völkerbundes aufgefordert werden, sich von einer Reihe von Grundätzen, darunter auch folgenden leiten zu lassen: „Dem Kinde muß die normale körperliche und geistige Entwicklung ermöglicht werden.“ So einfach und selbstverständlich diese Forderung klingen mag: ihre Durchführung ist selbst bei dem verhältnismäßig hohen Verständnis für diese Frage auch bei uns in Deutschland keineswegs in vollem Umfange zu erwarten. Nicht einmal unter den Völkern!

Die Anzahl der erkrankten Jugendlichen etwa im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts betrug:

im Baugewerbe	43,2 Prozent
im Schlosserhandwerk	46,7
im Schmiedehandwerk	51,3
in Eisenhütten	56,0
in Eisengießereien	67,7
in Maschinenfabriken	70,0
in Walz- und Hammerwerken	75,0
im Ruhrbergbau	70-80

Das sind unerhörte Tatsachen! Trotz dieser gibt es immer noch Leute, die glauben, daß der Jugendliche und der Arbeiter keine Freizeit, keine Ferien brauchen.

Zur Befreiung der vorhandenen Schäden genügt es nun nicht, die Freizeit, die Urlaubszeit zu fordern und zu erhalten, nein, sie auch richtig auszunutzen, und in diesen Plan gehört auch ein gerüttelt Maß von wohlgeleiteten Körperübungen, die beispielsweise bei schwerarbeitenden Jugendlichen natürlich mehr in der Form von anstrengender Muskelarbeit oder gar Dauerleistungen zu bestehen hätten.

## Von der rechten Erholung.

Körper und Geist zusammen machen den Menschen. Körperliche und geistige Arbeit zusammen sind das Leben. Nichtarbeiten von Körper und Geist bedeuten den Tod. Zwischen Geburt und Tod steht das Leben, dessen Wert Arbeit und Gesundheit ist. Es ist die Pflicht jedes Menschen gegen sich und seine Familie, Gesundheit und Arbeit miteinander in Einklang zu halten. Krankheit ist, allgemein gesprochen, eine Störung des normalen Lebenslaufs, die die Arbeitsfähigkeit beeinträchtigt bis zur vorübergehenden oder endgültigen, also dauernden Erwerbsunfähigkeit. Darum ist für jeden arbeitenden Menschen eine gesundheitsliche Lebensführung notwendig.

Arbeit ist Kraftauswendung; Arbeit ist Kräfteverbrauch. Um die Mittel zur Erhaltung der Arbeitskraft und zum Ersatz der verbrauchten Kräfte bereitzustellen oder neu erwerben zu können, sind Arbeitspausen nötig: kleinere Pausen zwischen den einzelnen Zeiteinheiten, eine große Pause am Arbeitschluß mit der wichtigsten täglichen Arbeitsruhezeit am Abend und in der Nacht, als größte Pause das Wochenende mit dem Sonntag. Und schließlich als sich immer mehr auch und erst recht in der gewerblichen Arbeit einführende Sonderpause der Urlaub, die Ferien.

Die Pausen, die Ferienzeit, im Sinne einer gesundheitslichen, d. h. gesundheitsfördernden und krankheitsabwehrenden Lebensführung zu verwenden, ist unsere Aufgabe!

Lebensfreude ist Frohsinn in allen Ehren, aber sinnloses Hocken in dunklen Räumen, rauschendes sich Jagen auf laubigen Langbänken, nervenzerstört und — angeheitert oder gleichgültig gemacht und wachlos durch überhörende lustschwebende Klänge lassen der Lebensfreude nicht Erholung, sondern erregte Körperliche und geistige Anspannung, erregten Kraftverbrauch, ernste Erschlaffung folgen. Auf einen Schaden anderthalb! Alkohol und Nikotin sind Feinde gesundheitslicher Lebensführung erst recht für den Jugendlichen. Und was im ersten Semester unbrauchbarer Jugend nach überwindlicher Leidenschaft führt — „die Jugend soll sich austoben!“ —, das macht Gesundheit zu unüberwindlichem Verlust: Streifen auf Steinchen, Stein auf Stein, bis unter höherer Luft Körper und Geist zusammenbrechen.

Was das Gesicht ein Heim in laubiger Umwelt verjagt — es ist leider die übergroße Mehrzahl! —, der faule in regelmäßigen Spaziergängen oder wiederholter Wanderung, möglichst an jedem Tag, bei jeder Jahreszeit und in jedem Wetter der Natur näher zu kommen. Wer sich genötigt, Farben zu sehen, auf Formen zu achten, Bewegungen zu unterscheiden, Stim-

men und Stimmchen zu hören, ja die Süße von Duft und Luft zu schmecken, der wird auch in sogenannter „reizloser“ Gegend, die es für ihn dann überhaupt nicht gibt, kräfteaufbauenden Lebensgenuß finden. Die Augen auf, die Herzen auf, geschwinde! Ein alter Schriftsteller hat einmal gesagt: „Es würde uns viel besser gehen, wenn wir mehr gingen.“ Wohlan, hinaus ins Freie!

Warum steht das Wandern allen anderen Leibesübungen voran? Weil es Lust und Freiheit braucht, weil es den Menschen hinausbringt und zwingt aus der bedrückenden Enge des Alltagslebens, weil es aus dem Gleichtritt der Berufsarbeit in die Wunder der Ferne weilt. Hier ist die gewünschte Umstellung von Körper und Geist in wahrer Vollendung: Gesundheitsliche Lebensführung!

Wandern ist eine Leibesübung! Wehe uns, wenn wir die anderen vernachlässigen wollten oder mühten: Schwimmen, das erfrischende, reinigende, Mut machende Spiel im Wasser voran, Turnen, Spiel und Sport, immer wenn sie an frischer, freier Luft betrieben werden, sollen liebe Gewohnheiten werden, je nach der Körperanlage des arbeitenden Menschen. Und wenigstens täglich nur fünf Minuten mit entblößtem Körper die Glieder gerettet und gestreckt — der näheren Anweisungen gibt es so viele — und neue Kraft wird den erschöpften Körper durchbringen.

## Sünstage-Arbeitswoche.

Eine gerechte Forderung.

Die jungen Bergarbeiter wollen nicht nur ausgenutzt, sondern ausgebildet werden. So lang es aus dem Leitartikel der letzten „Bergarbeiter-Zeitung“. Ueberzeugend wurde darin die Forderung dieser Forderung nachgewiesen. Was an Reformen gefordert wird, berührt weitgehend die Arbeitsverhältnisse der Jugend. Wir wollen sie deshalb noch einmal kurz erwähnen.

Wir verlangen zunächst eine bessere bergmännische Ausbildung. Der Bergbau darf für die Unternehmer nicht nur eine Profitquelle und für die Bergarbeiter nicht nur ein notwendiges Übel sein. Die Kohle ist in der modernen Volkswirtschaft ein unentbehrliches Produkt. Solange der Bergbau diese große Bedeutung einnimmt und Hunderttausende beschäftigt, sind geregelte Arbeitsverhältnisse eine notwendige Voraussetzung. Daran ändert auch eine skeptische Haltung und Unzufriedenheit gegenüber den heutigen Zuständen nichts. Als erstrebenswertes Ziel bleiben immer geordnete Arbeitsverhältnisse, wobei die Heranbildung berufstätiger Bergarbeiter immer eine Rolle spielt.

Das haben die organisierten Bergarbeiter schon früher erkannt. Die bergmännischen Fortbildungsschulen wurden nur unter maßgebender Mitwirkung des Verbandes geschaffen. Die Schulen können heute aber ihren Zweck nicht erfüllen, weil die Zahl der jungen Bergarbeiter zu gering ist und diese in vielfach übermüdeten Zustände dem Unterricht nicht folgen können. Deshalb fordern wir, daß der Unterricht an einem arbeitsfreien Tag in der Woche gegeben wird. Es soll nur an fünf Tagen gearbeitet und der sechste Tag für den Schulbesuch, Wanderungen u. a. m. freigegeben werden. Natürlich muß dieser sechste Tag, da er der Ausbildung dient, wie die übrigen Tage bezahlt werden.

Es wird nun nicht an Versuchen fehlen, diese Forderung nach einer Sünstage-Arbeitswoche zu bekämpfen. Diejenigen, die so oft über die Verwahrlosung der Jugend klagen, werden von einer Verwöhnung sprechen. Es ist ja ein vielgebrauchtes Argument der Unternehmerkreise, daß Jugendstausforderungen die Jugend verheerlichen. Doch gemacht! Wenn es diesen Kreisen wirklich ernsthaft um eine Jugendberziehung zu tun ist, dann mögen sie uns folgende Fragen beantworten: Wer kann es gutheißen, daß einerseits Tausende von Jugendlichen zahlreich erwerbslos sind und andererseits die in Arbeit stehenden übermäßig ausgenutzt werden? So verhält es sich tatsächlich. Im Ruhrgebiet werden beispielsweise 2000 Jugendliche gegenüber der Vorkriegszeit weniger beschäftigt. Das hat zu einer großen Arbeitslosigkeit der Jugend geführt. Viele Tausende von Jugendlichen finden keine Arbeitsstelle und müssen dadurch verwaarlost werden. Das die beschäftigten Jugendlichen übermäßig ausgenutzt werden, beweist die Erkrankungsstatistik. Darüber gibt es nachweisbar keinen Zweifel. Wird nun unsere Forderung erfüllt, so können 3000 erwerbslose Jugendliche im Ruhrgebiet mehr beschäftigt werden. Der arbeitsfreie Schultag wird aber allen zugute kommen. Die jungen Bergarbeiter werden besser lernen und sich zugleich körperlich erholen. Dadurch wird aber dem Bergmannsbetrieb außerordentlich gedient.

Schließlich werden die Gegner die finanzielle Tragbarkeit als unmöglich bezeichnen. Wie bei jeder Jugendstausforderung in früherer Zeit, werden auch diesmal gewisse Leute die wirtschaftliche Undurchführbarkeit beweisen wollen. Demgegenüber wollen wir feststellen, daß man bei den Lehrverhältnissen, die man auf modernen Schulanlagen des Ruhrgebietes eingerichtet, freiwillig die Sünstage-Arbeitswoche eingeführt hat.

Auch selbst man in Unternehmerkreisen in Verbindung mit dem Werksgemeinschaftsgedanken sehr oft ein besonderes Wohlwollen gegenüber der Arbeiterschaft. Dieses Wohlwollen kann natürlich nicht darin bestehen, daß man, wie es bei der Gefensingen Bergwerks-A.-G. vorgekommen ist, mit einzelnen Jugendlichen Wandersfahrten bis Helgoland macht, die große Masse dagegen unter unsozialen Bedingungen weiter arbeiten läßt. So kann es auf keinen Fall weitergehen. Wenn die Unternehmer ernsthaft eine bergmännische Ausbildung und nicht nur eine Ausbeutung der Jugend erstreben, so haben sie Gelegenheit zu zeigen, wie wirklich „gut“ sie es mit der Arbeiterschaft meinen. Und mögen sich auch besonders die werkstreu und lichen nationalsozialistischen Arbeiter merken. Der Verband kämpft offen und ehrlich für das Allgemeinwohl der Bergarbeiter und des Bergbaues. Er wird auch in diesem Falle kein Mittel unversucht lassen, die berechtigten sozialen Forderungen zu verwirklichen. Jeder Jungtamerad verwickelt mit, wenn er für den Verband wirbt!

## Arbeitsverfassung und Streikrecht vor 200 Jahren.

Wir steigen zurück in die Zeit des erwachenden Frühkapitalismus; es ist die Zeit des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. (1703-1740). Die Arbeiter kennen weder Koalitions- oder Streikrecht, noch Organisationen oder Gewerkschaften. Die Macht des absoluten Staates beherrscht allgewaltig den Lebenskreis der Untertanen von der Geburt bis zum Grabe, selbst ins Privatleben und in die wirtschaftlichen Vorgänge nach Willkür und Laune eingreifend.

Damals in den 30er Jahren waren in Berlin Mißbilligkeiten zwischen dem Unternehmertum einerseits und Zimmerleuten und Maurern andererseits entstanden. Was geschah? Das Kapital wandte sich an den Staat, d. h. den König, und beklagte sich über die „mutwilligen und widerpenstigen Maurer und Zimmerleute“. Der Staat griff prompt ein.

Es ist im Vergleich zu heutigen Zuständen interessant zu beobachten, wie hier von Staats wegen kurzweiliger Lohn und Arbeitszeit dekretiert wurden. So bestimmte der König: in der Zeit von Ostern bis Michaelis sollte jeder vom Bauherrn bestellte Meister und Geselle täglich 4 Groschen und 4 Quart Bier, an den kürzeren Tagen nur 3 Groschen und 3 Quart Bier erhalten. Wurden die Danwerter nicht gespeist, so erhöhte sich ihr Tagelohn um 2 Groschen. Die Tischler sollten nach Stücklohnarbeiten bezahlt werden. Und wie der Lohn, so wurde in der „Ordonnance“ auch die Arbeitszeit genau geregelt. Sie war nicht zu knapp bemessen: von morgens 4 bis abends 7 Uhr sollte gearbeitet werden mit nur einhündiger Mittagspause. Vom Lichtstundentag war man also damals noch recht weit entfernt.“ (Wolf Zinn.)

Ein solches Dekret gefiel den Maurern und Zimmerern wenig, sie traten also in den Streik.

In hellen Scharen verließen sie die Residenz und suchten in Magdeburg, das nicht mehr unter preussischer Oberhoheit stand, neue Arbeit. Aber der Administrator des Primats und Erzstifts Magdeburg war ein lieber „Herr Vetter und Gebatter“ Friedrich Wilhelm. Und so reichte der Arm des Königs auch bis hierher. Die streikenden Berliner sollten verhaftet und vor die zuständigen Gerichte gebracht werden und „nach Ermessen der Obrigkeit, unter welcher sie gefesselt, mit Gefängnis oder Gelde gestraft werden“.

Diese Maßnahmen scheinen wenig genutzt zu haben, denn infolge des Arbeitermangels mußten vielfach ungelernete Kräfte eingestellt werden, die aber auf den Baustellen eine derartige „Zufüberei“ verübten, daß der König abermals eingreifen mußte. Er gestattete seinen Soldaten, die gelernte Maurer waren, ausfühungsweise einzuspringen und die „Arbeit mit Fleiß, Treue und Sparsamkeit auf den Baustellen zu verrichten“.

K. V.

## Lehrlingsverhältnisse in Rußland.

Das russische Blatt „Trud“ schreibt am 17. September 1928 über die Zustände bei den Lehrlingen in einem Bezirk folgendes:

„Die letzte ärztliche Untersuchung der Jugendlichen im Naphthodistrikt von Grosny verursacht erhebliche Befürchtungen hinsichtlich des Bestandes unseres Nachwuchs. Von der Gesamtzahl der in den Betrieben beschäftigten Jugendlichen haben sich als ganz gesund nur 32 Prozent erwiesen. Von den 300 untersuchten Jugendlichen bedürfen 57 einer Behandlung in Kurorten, 66 mühten ambulatorisch behandelt werden, 52 gehören in Erholungsheime. Noch schlimmer ist es bestellt in den Betriebsfabriken. Von 174 Mann haben sich nur 28, also 16 Prozent, als vollständig gesund erwiesen. Unter diesen Umständen kann man natürlich nicht erwarten, daß die Lehrlinge des Grosnybezirks die auf sie gesetzten Hoffnungen erfüllen werden. Als Nachwuchs sind sie unzuverlässig. Außerdem ist das Schulwesen nicht befriedigend organisiert: die meisten Lehrlinge verlassen die Schulen, ohne ausreichend ausgebildet zu sein. Der Mangel an einer gründlichen Untersuchung der Gesundheit der Neueintretenden und eine ungenügende Ausbildung macht den ganzen Bestand an Lehrlingen im Grosnybezirk für die Produktion bedeutungslos. Das hat zur Folge, daß die Produktion im Grosnybezirk auf dem Stande von 1914 stehen bleibt, nach einem Ausweg zu suchen. Auf einer Beratung sind neue Regeln hinsichtlich der Aufnahme von Jugendlichen in die Betriebe aufgestellt worden. Es soll eine strenge Musterung in bezug auf Alter, Bildung und Gesundheitszustand der Neueintretenden vorgenommen werden. Die neuen Regeln sehen auch eine strenge Einteilung der neu einzustellenden Lehrlinge nach ihrer sozialen Klassenlage vor: 60 Prozent aller offenen Stellen werden den Kindern von Arbeitern des Grosnyischen Naphthabezirks vorbehalten, 15 Prozent den Bürgern der Rinde-Heime, 10 Prozent den jugendlichen Arbeitslosen bei den Arbeitsbüros, 10 Prozent den Kindern von Bauern und 5 Prozent den Kindern von Mitgliedern der Roten Armee. Es ist erläutert darauf hinzuweisen, daß die geringe Zahl von Stellen, die den arbeitslosen Jugendlichen überlassen werden, auf die herrschende Wohnnot zurückzuführen ist. Arbeitslose Jugendliche werden in einigen Betrieben überhaupt nur dann aufgenommen, wenn die Möglichkeit besteht, sie in geeigneten Wohnungen unterzubringen.“

Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre —  
 Ein golden Vlies, das keine Fürstenhand  
 Und kein Kapitel um die Brust ihm hängt.  
 Die Ueberzeugung ist des Kriegers Fahne,  
 Mit der er, fallend, nie anrühmlich fällt.  
 Der Aermste selbst, verloren in der Masse,  
 Erwirbt durch Ueberzeugung sich den Adel.  
 Ein Wappen, das er selbst zerbricht und schändet,  
 Wenn er zum Lügner seiner Meinung wird.

Gutzkow

\*

Nun ist ja sicher, daß die Masse in der Nähe anders aussieht, als wohlmeinende Schwärmer sie sich vorstellen. Das kann nach einer Jahrtausende langen Mißhandlung unter Sklaverei, Feudalherrschaft und industrieller Ausbeutung gar nicht anders sein. Dies zu ändern und zu bessern ist eben die Aufgabe unserer Bewegung. Wer aber in dieser nur den edlen Prinzen sieht, der das Wunderkind Dornröschen Volk nur zu erwecken und zu erlösen hat, der täuscht sich über die uns gestellte Aufgabe.

Auer

Jugendoblenke! Habt ihr schon den Fragebogen beantwortet?

\*) und \*\*) Beide Aufsätze entnahmen wir dem hochinteressanten empfehlenswerten Buche: „Gesundheitslehre“, herausgegeben von hervorragenden Kennern, erschienen im Verlag F. C. W. Vogel, Leipzig, 1926.

An die Verbandsmitglieder!

Sowohl in dem Nachtrag zum Verbandsstatut, welcher in Nr. 36 der Bergarbeiter-Zeitung vom 4. September 1926 veröffentlicht wurde, als auch in dem neuen Statut ist in § 34 Biffer 1 der zweite Absatz nicht vollständig gebracht worden. Wir bitten deshalb alle Mitglieder, folgenden Nachsatz zum § 34 in ihrem Statut einzufügen:

Die Mitglieder erhalten Krankenunterstützung nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen bis 48 Tage oder 8 Wochen

Table with 4 columns: Weeks of membership, Days of illness, and corresponding amounts. Rows range from 104 weeks to 520 weeks.

Feiertage, welche in die Woche fallen, werden nicht in Abzug gebracht. Diese Bekanntmachung wird deshalb noch einmal veröffentlicht, weil in der vorigen Veröffentlichung ein Fehler enthalten war.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 45. Woche (vom 31. Oktbr. bis 6. Novbr.) fällig. Wir bitten die Kameraden, um pünktliche Zahlung der Beiträge besorgt zu sein.

Bücherrevision.

Dortmund II, Vom 10. bis 25. November.

Kameraden, agitiert für den Verband!

Schluss des redaktionellen Teils.

Zur Aufklärung! Maggi ist keine allgemeine Warenbezeichnung, sondern der Name des Begründers der Maggi-Gesellschaft und eine geschütztes Fabrikmarken für Maggi-Erzeugnisse: Maggi's Würste in Flaschen, Maggi's Suppen in Würfeln, Maggi's Fleischbrühwürfel. Diese sind nur echt, wenn sie den Namen Maggi tragen.

Unsere Abonnentin Frau Klug bittet uns, mitzuteilen, daß sie jetzt Frau Klüger heißt, weil sie Quetsen als Kaffee trinkt.

Die Firma Georg Brinz, G. m. b. H., Nürnberg 308, mechanische Webereien-Ausrüstungs-Fabrikations-Betrieb, verfertigt gegen Nachnahme zu den denkbar billigsten Preisen Baumwollwaren und Kleiderstoffe aus reinen, echten und edlen Woll- und Baumwollgarner. Ein Beweis der vollen Zuverlässigkeit der Konsumenten wird dadurch erbracht, daß sich die über ganz Deutschland ausgebreitete Kundenschaft der Firma Georg Brinz, G. m. b. H., Nürnberg täglich vergrößert. Wir verweisen auf das heutige Inserat in unserer Zeitung.

Logal ablaten advertisement for rheumatism, flu, and other ailments. Includes a small illustration of a person.

Sind Hämorrhoiden heilbar?

Ja und nein! Wenn ein Hämorrhoidenkranker dieses wirklich ernste Leiden vernachlässigt, wird es ihm immer größere Qual bereiten. Die anfangs unbedeutenden Knoten am Darm wachsen, sie wandern in den Darm hinein und plagen schließlich auf. Dann besteht die Gefahr, daß Blutgerinnsel in die Blutbahnen kommen und dort zu sehr gefährlichen Verstopfungen führen. Es kommt hinzu, daß die Schmerzen, das Brennen und das Jucken der erkrankten Teile immer unerträglicher werden und den Kranken

körperlich und seelisch zugrunde richten. Schließlich bleibt dem verzweifeltsten Patienten nur noch übrig, sich auf dem Wege der Operation unsichere Heilung zu verschaffen.

Muß das sein? In den meisten Fällen: Nein! Denn Hämorrhoiden, rechtzeitig als solche erkannt und sachgemäß behandelt, können mit großer Aussicht auf Erfolg auch ohne Operation beseitigt werden. Neben peinlicher Sauberkeit muß eine geeignete Salbe zur Anwendung kommen, die die Knoten zur Schrumpfung bringt, die Schmerzen lindert, die Entzündungen beseitigt. Die bewährte Humidon-Salbe verbindet alle diese Eigenschaften in hervorragendem Maße. Schon nach ganz kurzer Anwendung läßt das Jucken und Brennen nach. Damit ist schon viel gewonnen; denn fällt der Juckreiz fort, so verringert sich auch die Gefahr weitergetragener Infektionen. Nun erst kann der Heilungsprozeß beginnen. Die Humidon-Salbe wird seit Jahren auch in

verzweifeltsten Fällen gebraucht, und unzählige Kranke bezeugen, daß sie fast Wunderdienste geleistet hat.

Aber die Humidon-Kur ist keine Wunderkur, sondern das Resultat einer wissenschaftlich wohlüberdachten Arbeit. In dieser Salbe sind alle Stoffe vereint, die diese lästliche Krankheit erfolgreich zu bekämpfen geeignet sind. Die Humidon-Gesellschaft will überzeugen und nicht überreden. Sie schickt deshalb jedem umsonst eine ausreichende Probe Humidon nebst ärztlicher Aufklärungsschrift über Hämorrhoidenleiden. Diesen kostenlosen Versuch ist jeder seiner Gesundheit schuldig, und die Humidon-Gesellschaft ist überzeugt davon, daß jeder Versuch ein voller Erfolg wird. Also schreiben Sie sofort, ehe Sie es vermissen, nach Probe und Prospekt an die Humidon-Gesellschaft m. b. H., Berlin W 8, Blvd 61.

Verband erfolgt durch die Apotheke „Zum weißen Kreuz“.

MAGGI Würze advertisement with large stylized text and a small illustration of a Maggi product.

Bonner Fahnenfabrik advertisement for flags and banners.

Bettfedern advertisement for mattresses and bedding.

Mürbeteig für Obstkuchen advertisement with an illustration of a fruit cake.

Hand holding a cigarette pack advertisement for WRIGLEY P.K. KAU-BONBONS.

Large advertisement for 'ALLE LEUTE LOBEN' featuring 'Blauband wie Bitter' and 'FEINKOSTMARGARINE'.

Schweinsköpfe advertisement for pig heads.

Käse advertisement for various types of cheese.

Bienen-Schlenderhonig advertisement for honey.

SCHUHE advertisement for shoes.

Dr. A. Oetker, Bielefeld advertisement for baking powder.

Advertisement for a watch or timepiece.

Fritz Heinecke, Braunschweig advertisement for watches.

So klein ist ein Päckchen WRIGLEY P.K. advertisement for chewing gum.

WRIGLEY KAU-BONBONS advertisement with a cartoon character.

Hilfe gegen Rheumatismus advertisement for a medicinal tea.

Käse advertisement for cheese.

Fett-Vollbäckings advertisement for bread.

Kieler Spalten advertisement for beer.

Zum Großhandels-Breije advertisement for food products.

Sächliche Bettfedern- und Betten-Fabrik advertisement for bedding.

Milon Gehler, Puppenfabrik advertisement for dolls.

Advertisement for Gallenstein and other products.

Billige böhm. Bettfedern advertisement for mattresses.

Hugo Meinel advertisement for various goods.

Futterale advertisement for animal feed.

Advertisement for Quittungsmarken (receipts).

